



Einkommen · Abzüge · Vermögen
www.zug.ch/tax



Internet

Die Steuerverwaltung ist im Internet mit einer eigenen Homepage präsent. Dort finden Sie unter www.zug.ch/tax viele Informationen. Sie können fehlende Formulare abholen, das Programm eTax.zug zum Ausfüllen der Steuererklärung herunterladen oder Ihren Steuerbetrag berechnen.

Elektronische Steuererklärung eTax.zug – Technische Unterstützung

Wenn Sie die Steuererklärung mit unserem Computerprogramm ausfüllen wollen, steht Ihnen eTax.zug zum Herunterladen von unserer Homepage zur Verfügung.

Wir danken Ihnen an dieser Stelle, dass Sie unsere Software verwenden. Sie erleichtern damit unsere Arbeit. Beachten Sie bitte, dass Sie zusammen mit dem eTax.zug-Ausdruck die von uns versandten Originalformulare **K (Hauptformular)** und **WV (Wertschriftenverzeichnis)** an das zuständige Gemeindesteueramt zurücksenden.

Es ist nicht notwendig, Zahlen auf die Originalformulare zu übertragen. **Sie müssen lediglich das Barcode-Blatt unterschreiben.**

Für technische Fragen im Zusammenhang mit eTax.zug steht Ihnen der Helpdesk eTax.zug unter der Nummer 043 268 39 33 zur Verfügung.

Telefonischer Auskunftsdienst

Als Dienstleistung für steuerrechtliche Fragen haben wir einen Extra-Telefonauskunftsdienst unter der Nummer 041 728 26 26 eingerichtet. Unter dieser Nummer können Sie allgemeine Auskünfte im Zusammenhang mit dem Ausfüllen der Steuererklärung einholen.

Dieser Auskunftsdienst steht Ihnen wie folgt zur Verfügung:

Vom 1. März bis 9. März 2010

Montag – Freitag, 14.00 – 18.00 Uhr

Bitte benützen Sie in diesem Zeitraum und im Zusammenhang mit der Steuerdeklaration nur in Ausnahmefällen die Telefonnummer des/der für Sie zuständigen Sachbearbeiters/-in.

Für technische Fragen ist der Helpdesk eTax.zug zuständig (043 268 39 33).

Hinweise zu dieser Wegleitung

Diese Wegleitung soll Ihnen das **Ausfüllen der Steuererklärung erleichtern**. Zu diesem Zweck wird darin im Sinne einer Zusammenfassung in gekürzter Form über die steuerbaren Einkünfte, die möglichen Abzüge vom Einkommen und das steuerbare Vermögen informiert. Eine umfassende Auskunft über alle steuerlichen Fragen wird damit aber nicht abgegeben bzw. ist in dieser Form nicht erhältlich.

Bitte beachten Sie, dass die vorliegende Wegleitung **keine Rechtsquelle** darstellt und somit insbesondere weder das Steuergesetz noch die Verordnung zum Steuergesetz ersetzt bzw. ersetzen kann.

Die **eingetragene Partnerschaft** gleichgeschlechtlicher Paare wird steuerrechtlich gleich behandelt wie die Ehe. Die in dieser Wegleitung verwendeten Begriffe wie **verheiratet, getrennt, geschieden, verwitwet** oder **Ehe, Ehegatten, Ehemann** und **Ehefrau** gelten sinngemäss für die eingetragene Partnerschaft. In den Formularen werden für die eingetragene Partnerschaft jeweils die Begriffe **Partn. 1** und **Partn. 2** verwendet.

Inhaltsverzeichnis

Internet	2
Elektronische Steuererklärung eTax.zug – Technische Unterstützung	2
Telefonischer Auskunftsdienst	2
Hinweise zu dieser Wegleitung	2
Stichwortverzeichnis	4
Wer hat eine Steuererklärung 2009 einzureichen?	5
Heirat, Scheidung oder Trennung	6
Beendigung der Steuerpflicht in der Steuerperiode 2009	6
Fristerstreckung zur Einreichung der Steuererklärung	6
Provisorische Rechnung, Steuerzahlung, Stundung und Erlass	7
Hinweise zum Ausfüllen der Steuererklärung	9
Personalien, Familienverhältnisse	10
Mustersteuererklärung	11
Einkünfte im In- und Ausland	17
Einkünfte aus unselbständiger Erwerbstätigkeit	17
Einkünfte / Verluste aus selbständiger Erwerbstätigkeit	18
Einkünfte aus Sozial- und anderen Versicherungen	18
Wertschriftenertrag (Wertschriften- und Guthabenverzeichnis 2009)	20
Übrige Einkünfte	25
Einkünfte von Liegenschaften des Privatvermögens im Kanton Zug	26
Ertrag aus Liegenschaften des Privatvermögens ausserhalb des Kantons Zug	29
Abzüge	29
Berufsauslagen bei unselbständiger Erwerbstätigkeit	29
Private Schuldzinsen	32
Unterhaltsbeiträge und Rentenleistungen	33
Beiträge an anerkannte Formen der gebundenen Selbstvorsorge (Säule 3 a)	33
Versicherungsprämien und Zinsen von Sparkapitalien	34
Weitere Abzüge	34
Sonderabzug bei Erwerbstätigkeit beider Ehegatten	36
Zusätzliche Abzüge	36
Steuerfreie Beträge (Sozialabzüge)	37
Reduktion der wirtschaftlichen Doppelbelastung	38
Vermögen im In- und Ausland	38
Bewegliches Vermögen	38
Private Liegenschaften	39
Geschäftsvermögen	41
Schulden	41
Steuerfreie Beträge	42
Reduktion der wirtschaftlichen Doppelbelastung	42
Kapitalleistungen aus Vorsorge	42
Einsprache	42
Straffolgen bei Zuwiderhandlung	43
Tarife und Steuerberechnungen	43
Hilfstabelle Gemeinnützige Zuwendungen	45
Hilfstabelle Effektive Weiterbildungs- und Umschulungskosten	46
Formular für Fristerstreckungsgesuch	47

Stichwortverzeichnis

A		G		R	
Ausländische Arbeitnehmer	5	Guthaben	21	Renten	18, 19
Aktien	24	Gratisaktien	24	Reduktion der wirtschaftlichen	
Anlagefonds	24	Gemeinnützige		Doppelbelastung	22, 23, 38, 42
Ausländische Wertschriften	25	Zuwendungen	37, 45		
Alimente (Unterhaltsbeiträge)	25, 33	H		S	
Auswärtige Verpflegung	30	Heirat	6	Scheidung	6
AHV	18, 34, 38	Hilflosenentschädigung	19	Steuerzahlung	7
		Hypotheken	41	Stundung	8
B				Schwarzarbeit	17
Bezugsrechte	24	I		Säule 3a	20, 33
Berufsauslagen	29–32	IV-Rente	18	Stockwerkeigentum	20, 40
Baukreditzinsen	32	K		Schenkung	22
Beiträge an die Säule 2	33	Kinderzulagen	19	Schuldzinsen/Schulden	32, 41
Beiträge an die Säule 3a	33	Kassenobligation	24	T	
Behinderungsbedingte		Krankheitskosten	36, 37	Trennung	6
Kosten	35	Kinderabzug	37	Todesfall	6
Bargeld	39	Kapitalleistungen aus Vorsorge	42	Taggelder	19
Boote	39			Treuhandanlagen	25
C		L		U	
Checkliste	9	Leibrenten	19	Unterschriften	10
		Lotteriegewinne	24	Unverteilte Erbschaft	25
D		Liegenschaftsunterhalt	28, 29	Unterhaltskosten bei	
Darlehen	25	Liegenschaften	39–41	Liegenschaften	28, 29
Dauernde Lasten	33	Lebensversicherungen	39	Unternutzungsabzug	29
				Unfallkosten	36
E		M		V	
Ergänzende nachträgliche		Mietzinsabzug	38	Vereinfachtes Abrechnungs-	
Veranlagung	5	Mitarbeiteraktien/-optionen	17	verfahren	17
Erlass	8	Militärversicherung	19	Versicherungsprämien	34
Erbschaften	9, 22, 25, 39, 41	Motorfahrzeuge	39	Vermögensverwaltungs-	
Erwerbseinkommen	17, 18	N		kosten	35
Erwerbsausfall-		Nutzniessung	27	W	
entschädigung	19	Nebenerwerb	32	Wertschriften	20–25
Erbvorbezug	22	P		Wirtschaftliche Doppel-	
Eigenmietwert	27	Provisorische Rechnung	7	belastung	22, 38, 42
Eigenbetreuungsabzug	37	Pensionen	19	Wohnrecht	29
Einsprache	42	Partizipations- und Genuss-		Weiterbildungskosten	31
		scheine	24	Wochenaufenthalt	31
F		Pauschale Steueranrechnung	25		
Fristerstreckung	6, 7	Q		Z	
Festgeldanlagen	24	Quellensteuer	5	Zweitverdienerabzug	36
Fahrkosten	30				
Fremdbetreuungsabzug	37				
Fristerstreckungsgesuch	47				

Wer hat eine Steuererklärung 2009 einzureichen?

Eine Steuererklärung 2009 müssen folgende Personen einreichen:

Alle natürlichen Personen, die am 31. Dezember 2009 im Kanton Zug Wohnsitz, sowie alle Personen, die im Jahre 2009 eine Liegenschaft oder einen Geschäftsbetrieb im Kanton Zug hatten.

Grundsatz

Steuerpflichtige, die in der Steuerperiode 2009 volljährig geworden sind, haben erstmals eine eigene Steuererklärung 2009 einzureichen.

Erreichen der Volljährigkeit

Im Grundsatz unterliegen alle ausländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die keine Niederlassungsbewilligung besitzen (z.B. Jahresaufenthalter, Kurzaufenthalter oder Arbeitnehmende aus EU-Staaten ohne Bewilligung max. 90 Tage), der Quellensteuer auf ihrem Erwerbs- und Ersatzeinkommen und müssen demzufolge keine Steuererklärung ausfüllen. Einzig in den folgenden Fällen sind quellenbesteuerte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit Wohnsitz im Kanton Zug verpflichtet, eine Steuererklärung 2009 mit deklariertem Einkommen und Vermögen einzureichen:

Quellensteuer

- wenn der Bruttolohn über 120 000 Franken pro Jahr beträgt und der Ehepartner ebenfalls in der Schweiz Wohnsitz hat. Hat die Familie im Ausland ihren Wohnsitz, so wird der steuerrechtliche Lebensmittelpunkt des Steuerpflichtigen in diesem Land angenommen und das Ausfüllen einer Steuererklärung entfällt.
- bei Liegenschaftsbesitz in der Schweiz
- bei Einkommen aus selbständiger Erwerbstätigkeit
- wenn eine AHV-Rente bezogen wird
- wenn eine IV-Rente ausbezahlt wird und der Invaliditätsgrad 100% beträgt
- wenn das Erwerbseinkommen von einem ausländischen Arbeitgeber bezahlt wird und keinem Arbeitgeber mit Sitz in der Schweiz zurückbelastet bzw. weiterverrechnet wird, und sich die steuerpflichtige Person mehr als 183 Tage in der Schweiz aufhält
- wenn der andere Ehepartner das Schweizer Bürgerrecht besitzt oder die Niederlassungsbewilligung (Ausweis C) hat.

Keine Quellensteuer ist über die Steuerverwaltung abzurechnen, wenn das vereinfachte Abrechnungsverfahren über die AHV gewährt wird (vgl. Ziffer 1.4).

Wir weisen darauf hin, dass ein Quellensteuerpflichtiger die ausserordentlichen Abzüge, wie Beiträge an die Säule 3a, Alimente, Schuldzinsen und Unterstützungsbeiträge für das vergangene Jahr, unter Einreichung der Belege **bis spätestens 31. März des Folgejahres** geltend machen kann. Diese Abzüge können auf einem separaten Formular (Tarifkorrektur) aufgeführt werden.

Ergänzende nachträgliche Veranlagung

Quellensteuerpflichtige Personen können zur Rückerstattung der Verrechnungssteuer ein separates Formular (Rückerstattungsantrag Verrechnungssteuer) bei der Kantonalen Steuerverwaltung beantragen. Es ist zu beachten, dass dieser Rückerstattungsantrag gemäss Art. 32 Abs. 1 Verrechnungssteuergesetz nur für die letzten drei Jahre geltend gemacht werden kann. Das Formular muss vollständig ausgefüllt (auch ausländische Vermögenswerte ohne Verrechnungssteuer) und unter Beilage der Zinsnachweise bei der nachgenannten Adresse eingereicht werden.

Die Quellensteuer-Meldeformulare können Sie unter der Adresse www.zug.ch/tax vom Internet herunterladen oder bei der Steuerverwaltung, Gruppe Quellensteuer, Bahnhofstrasse 26, Postfach, 6301 Zug, Telefon 041 728 26 48, anfordern.

Heirat, Scheidung oder Trennung

Bei **Heirat** während des Jahres 2009 werden die Eheleute für die gesamte Steuerperiode **gemeinsam** besteuert und erhalten nur eine Steuererklärung.

Heirat

Bei **Scheidung** und bei rechtlicher oder tatsächlicher **Trennung** während der Steuerperiode werden die Eheleute für die gesamte Steuerperiode 2009 **getrennt** besteuert und müssen je eine separate Steuererklärung 2009 einreichen.

Scheidung oder Trennung

Beendigung der Steuerpflicht in der Steuerperiode 2009

Ist eine Person in der Steuerperiode 2009 **in einen andern Kanton umgezogen**, ist sie für die ganze Steuerperiode in dem Kanton steuerpflichtig, in dem sie per 31.12.2009 steuerlich Wohnsitz hatte. Im Kanton Zug muss folglich keine Steuererklärung mehr eingereicht werden, ausser wenn sie im Jahre 2009 ihre Liegenschaft oder Betriebsstätte vor, mit oder nach dem Wegzug verkauft/aufgegeben hat.

Wegzug aus dem Kanton
Zug

Bei **Wegzug ins Ausland** endet die Steuerpflicht im Kanton Zug mit dem Wegzugsdatum. In diesem Fall muss die Steuererklärung 2009 mit den Einkommens- und Vermögensverhältnissen bis zum Wegzugsdatum ausgefüllt werden. Bei denjenigen Personen, die ins Ausland ziehen und weiterhin eine Liegenschaft oder eine Betriebsstätte im Kanton Zug besitzen, bleibt für die Liegenschaft oder die Betriebsstätte die Steuerpflicht bestehen.

Wegzug ins Ausland

Mit dem **Tod eines Ehegatten** endet die Steuerpflicht der Ehegemeinschaft. Für die Zeit vom 1.1.2009 bis und mit Todestag sind das gemeinsame Einkommen und Vermögen zu deklarieren. Der überlebende Ehegatte hat das Einkommen ab dem auf den Todestag folgenden Tag bis 31.12.2009 sowie das Vermögen per 31.12.2009 zu deklarieren.

Todesfall

Mit dem **Tod einer steuerpflichtigen Person** endet ihre Steuerpflicht. Für die Zeit vom 1.1.2009 bis und mit dem Todesdatum müssen die gesetzlichen Erben oder ein Vertreter eine ausgefüllte Steuererklärung einreichen.

Todesfall

Fristerstreckung zur Einreichung der Steuererklärung

§ 125 StG verpflichtet die Steuerpflichtigen, die Steuerformulare wahrheitsgemäss und vollständig auszufüllen und fristgemäss – **bis zum 30. April 2010** – dem gemeindlichen Steueramt einzureichen. Auf verspätet eingereichte Steuerklärungen kann nur eingetreten werden, wenn die steuerpflichtige Person nachweist, dass sie durch Militärdienst, Krankheit, Landesabwesenheit oder andere erhebliche Gründe an der rechtzeitigen Einreichung verhindert war und dass die Steuererklärung innert 30 Tagen nach Wegfall des Hinderungsgrundes eingereicht wurde.

Das Gesetz erwähnt zwar die Einrichtung der Fristerstreckung nicht ausdrücklich, doch ist sie in der Praxis beim **Vorhandensein eines triftigen Grundes** anerkannt. Steuerpflichtige, denen es unmöglich ist, die Steuererklärungsformulare rechtzeitig einzureichen, haben bei der Kanzlei der Steuerverwaltung, Postfach, 6301 Zug, mit Angabe der Personenummer ein schriftliches Fristerstreckungsgesuch zu stellen, da sie sonst im Sinne von § 130 Abs. 3 StG nach Ermessen eingeschätzt werden. Das Fristerstreckungsgesuch kann elektronisch via Homepage www.zug.ch/tax eingereicht werden. Zudem finden Sie ein entsprechendes Formular am Schluss dieser Wegleitung.

Für die Fristerstreckungsgesuche gilt folgende Regelung:

Fristerstreckungsgesuche, die nicht weiter als bis zum 31. Dezember 2010 gehen, werden nur beantwortet, wenn ihnen nicht oder nicht in vollem Umfang entsprochen werden kann. **Keine Antwort bedeutet also Genehmigung des Gesuches.** Eine Gebühr wird in diesem Falle nicht erhoben.

Behandlung der Gesuche

Über den 31. Dezember 2010 hinausgehende Fristerstreckungsgesuche werden nur bewilligt, wenn sie zwingend begründet sind. Unser Entscheid – Gutheissung oder Ablehnung – wird Ihnen auf jeden Fall schriftlich mitgeteilt. Jede Bewilligung unterliegt einer Bearbeitungsgebühr von Fr. 20.–, die mit der Steuerrechnung 2009 eingefordert wird.

7

Provisorische Rechnung, Steuerzahlung, Stundung und Erlass

Gestützt auf Zahlen aus den Vorjahren werden jeweils per Ende Juni die provisorischen Rechnungen für das laufende Kalenderjahr versandt. **Sie haben die Möglichkeit, im Beiblatt zur Steuererklärung Ihr voraussichtliches Einkommen/Vermögen für das laufende Jahr anzugeben.** Trifft dieses Beiblatt termingerecht (30. April 2010) bei uns ein, wird die provisorische Steuerrechnung aufgrund der entsprechenden Angaben erstellt. Ende Juni wird die provisorische Rechnung mit den beiden nachfolgenden Zahlungsvarianten versandt:

- a) ganze provisorische Jahressteuer 2010 mit Skonto, zahlbar spätestens per 31. Juli 2010;
- b) 1. Rate für die halbe Jahressteuer (andere Ratenzahlungen sind auf Verlangen möglich).

Zahlungstermine und provisorische Rechnung

Die Jahressteuern der natürlichen Personen sind fällig am 30. November mit einer Zahlungsfrist von 30 Tagen. Auf Vorauszahlungen vor dem Zahlungstermin wird ein Vergütungszins erstattet. Die Jahressteuer kann auch ohne Skontoabzug in einem Betrag per 31. Dezember des betreffenden Steuerjahres bezahlt werden. Ohne andere Zahlungsvereinbarung wird für einen allfälligen Ausstand Ende November ein Kontoauszug mit Einzahlungsschein versandt.

Wird die ganze Jahressteuer **bis zum 31. Juli** des laufenden Steuerjahres bezahlt, so wird ein **Skontobazug** von 2% gewährt.

Skontoabzug

Haben Sie aus irgendeinem Grund bis Ende Juni keine Steuerrechnung erhalten, so können Sie zwecks Einhaltung des Skontotermins eine solche bei der Steuerverwaltung verlangen. **Zahlung nach dem Stichtag schliesst den Skontoabzug aus.**

Nach Ablauf der allgemeinen Zahlungsfrist wird ein Verzugszins erhoben. Auf zu viel einbezahlte Steuern wird ein Vergütungs- respektive Rückerstattungszins entrichtet. Die entsprechenden Zinsfüsse werden von der Finanzdirektion festgelegt. Die Zinsabrechnung erfolgt erst mit der definitiven Rechnungstellung.

**Verzugs-/Vergütungs-/
Rückerstattungszins**

Ein Ausgleichszins wird dann verrechnet, wenn die definitive Rechnung erst später als ein Jahr nach allgemeiner Fälligkeit erstellt werden kann und sich daraus eine Nachforderung ergibt. Die Zinsberechnung erfolgt rückwirkend ab einem Jahr nach allgemeiner Fälligkeit. Inzwischen geleistete Zahlungen werden berücksichtigt. Um diesen Ausgleichszins zu vermeiden, kann der Steuerpflichtige für die voraussichtlich geschuldete Steuer mit dem Beiblatt eine korrigierte Rechnung verlangen.

Ausgleichszins

Das Ergreifen eines Rechtsmittels befreit nicht von der Verzugs- und Ausgleichszinspflicht.

Rechtsmittel und Verzinsung

Hat die steuerpflichtige Person keinen Wohnsitz in der Schweiz oder erscheint die Bezahlung der von ihr geschuldeten Steuer als gefährdet, so kann die Steuerverwaltung auch vor der rechtskräftigen Veranlagung jederzeit die Sicherstellung des mutmasslich geschuldeten Steuerbetrages verlangen.

Sicherstellung

In Rechnung gestellte Steuern werden, soweit ausstehend, nach Ablauf der Zahlungsfrist gemahnt. Erfolgt trotz Mahnung keine Zahlung, wird die Betreibung durchgeführt. Alle diese rechtlichen Schritte unterliegen je einer Bearbeitungsgebühr von Fr. 20.–.

Mahnung und Betreibung

Ist eine steuerpflichtige Person aus schwerwiegenden Gründen (Krankheit, Arbeitslosigkeit, Erwerbsunfähigkeit u. Ä.) ausserstande, die Steuern termingerecht zu zahlen, so kann sie um eine Stundung nachsuchen. In diesem Falle bitten wir Sie, mit unserer Abteilung Steuerbezug Kontakt aufzunehmen. Die Nichteinhaltung der vereinbarten Ratenzahlungen für definitive Rechnungen löst das rechtliche Inkasso aus. Trotz eines allfälligen Stundungsent-scheides werden Verzugszinsen in Rechnung gestellt. Wird die Bezahlung der Steuern aus den vorgenannten Gründen verunmöglicht, so kann ein teilweiser oder gänzlicher Erlass der definitiven Steuern in Betracht gezogen werden. Es können nur schwerwiegende und begründete Härtefälle berücksichtigt werden. Die eingehend begründeten Gesuche sind an die Steuerverwaltung, Steuererlass, Postfach, 6301 Zug, zu richten.

Stundung und Erlass

Hinweise zum Ausfüllen der Steuererklärung

Zusammen mit der Steuererklärung und dem Wertschriften- und Guthabenverzeichnis sind auch bei Einreichung der Steuererklärung durch eTax.zug (elektronische Steuererklärung) einzureichen:

**Zwingend einzureichende
Belege zur
Steuererklärung 2009**

- **die im Einzelfall benötigten Formulare;**
- **nur die Bescheinigungen, Aufstellungen und Belege, welche ausdrücklich verlangt werden.**

Belege, die noch nicht mit der Steuererklärung eingereicht werden müssen, sind mindestens bis zur definitiven Rechtskraft der Veranlagung aufzubewahren. Die Steuerverwaltung kann bei der Überprüfung der eingereichten Selbstdeklaration zu jeder Position den konkreten Nachweis verlangen. Können die geltend gemachten Abzüge auf Verlangen nicht belegt werden, so werden diese Abzüge nicht gewährt.

9

Die folgende Liste gibt Ihnen einen Überblick über die im Einzelfall (neben den jeweils benötigten und durch Sie vollständig ausgefüllten Formularen) einzureichenden Bescheinigungen, Aufstellungen und Belege:

- ☐ Lohnausweis des Arbeitgebers; haben Sie im Jahr 2009 bei verschiedenen Arbeitgebern gearbeitet, ist von jedem Arbeitgeber ein Lohnausweis zu verlangen
- ☐ Bescheinigung der zuständigen Ausgleichskasse betreffend im vereinfachten Abrechnungsverfahren abgerechnete Nettolöhne (vgl. Ziffer 1.4, Seite 17)
- ☐ Bescheinigung der Arbeitslosenkasse über bezogene Taggelder
- ☐ Belege über die geltend gemachten Weiterbildungskosten
- ☐ Bescheinigung von Pensionskassen- sowie anderen Renten
- ☐ Beilagen zum Wertschriften- und Guthabenverzeichnis gemäss unseren Hinweisen zu Ziffer 4 in dieser Wegleitung
- ☐ Detaillierte Aufstellung über den Unterhalt der Liegenschaften, falls Sie effektive Kosten geltend machen
- ☐ Kopie des Scheidungs- oder Trennungsurteils bzw. der Trennungsvereinbarung bei erstmaliger Deklaration des Erhalts oder Abzuges von Unterhaltsbeiträgen
- ☐ Bescheinigung der Versicherungseinrichtung oder Bankstiftung über geleistete Beiträge an die Säule 3a
- ☐ Bescheinigung über Beitragsleistungen an Pensionskassen (sofern sie nicht im Lohnausweis enthalten sind)
- ☐ Bescheinigung der erhaltenen individuellen Prämienverbilligung
- ☐ Kopien der Belege betreffend effektiv bezahlte Unterstützungsleistungen
- ☐ Bescheinigungen der Versicherungsgesellschaften über die Steuerwerte von Lebensversicherungen

Selbständigerwerbende (Haupt- oder Nebenerwerb)

- ☐ Mit kaufmännischer Buchhaltung: detaillierte Bilanz und Erfolgsrechnung
- ☐ Ohne kaufmännische Buchhaltung: detaillierte Aufstellung über Einnahmen und Ausgaben sowie über geschäftliche Vermögenswerte und Schulden

Beteiligte an unverteilter Erbschaften

- ☐ Detaillierte Aufstellung über Kapital und Ertrag (vgl. Musterbeispiel in Ziffer 5.3 in dieser Wegleitung)

Bitte beachten Sie, dass in den einzelnen nachfolgenden Abschnitten in dieser Wegleitung weitere Detailinformationen im Zusammenhang mit den zwingend einzureichenden Belegen aufgeführt sind.

Denken Sie daran, alle Steuerformulare, wo vorgesehen, zu unterzeichnen. **Verheiratete:** Unterschrift beider Ehegatten auf Formular K (Original-Steuererklärungsformular) und Wertschriftenverzeichnis (Formular WV); **Selbständigerwerbende:** Unterschrift auf Bilanz und Erfolgsrechnung. Bei **eTax.zug (elektronische Steuererklärung)** ist das Barcodeblatt zu unterzeichnen.

Unterschriften

Steuerpflichtige mit Wohnsitz in einem anderen Kanton, die im Kanton Zug aufgrund von Liegenschaftsbesitz oder Geschäftsort steuerpflichtig sind, haben eine Kopie ihrer dortigen Steuererklärung samt den Hilfsformularen für das Jahr 2009 einzureichen. In diesem Fall ist das amtliche Original-Steuererklärungsformular (Formular K) des Kantons Zug zusammen mit der Kopie der Steuererklärung des Wohnsitzkantons unterschrieben einzureichen.

Steuerpflichtige mit Wohnsitz im Ausland und Grundeigentum oder Geschäftsbetrieben im Kanton Zug haben die Steuererklärung 2009 auszufüllen. Der massgebende Steuerbescheid des Wohnsitzstaates ist beizulegen. Zudem haben Sie einen Vertreter in der Schweiz zu bezeichnen.

Personalien, Familienverhältnisse

Die Personalien und die Familienverhältnisse sind auf der ersten Seite des Hauptformulars K zu deklarieren. Es sind die Verhältnisse am 31. Dezember 2009 bzw. am Ende der Steuerpflicht massgebend.

In den einzelnen Formularen werden für gemeinsam besteuerte Personen (Ehegatten, eingetragene Partnerschaften) jeweils die Bezeichnungen Frau/Partn. 1 und Mann/Partn. 2 verwendet. Bei eingetragenen Partnerschaften ist der jüngere Partner bzw. die jüngere Partnerin jeweils unter Partn. 2 einzutragen.

Im obersten Feld finden Sie entsprechende Angaben aufgedruckt. Wir bitten Sie, die Angaben sorgfältig auf ihre Richtigkeit zu überprüfen und allfällige Korrekturen in der Spalte «Berichtigung» anzubringen.

Berichtigungen

Die Angabe des richtigen Zivilstandes ist wichtig für die Einräumung des persönlichen Abzuges, während die Angaben in den Abschnitten I–III für die Gewährung des Kinder- bzw. des Unterstützungsabzuges entscheidend sind. Massgebend sind die Verhältnisse am 31.12.2009 oder am Ende der Steuerpflicht.

Zivilstand

Mustersteuererklärung

Personalien, Familienverhältnisse

 Kanton Zug		Kantons- und Gemeindesteuern Direkte Bundessteuer Steuererklärung 2009 für natürliche Personen K			
Gemeinde Zug Personen-Nr. 1000-100-03	Sachbearbeiter Telefon	L-Nr.	Zugestellt 28.02.2010		
Steuerverwaltung, Postfach, 6301 Zug					
Herr und Frau Muster-Beispiel Hans Muster-Beispiel Verena Musterstrasse 10 6300 Zug					
Dieses Formular ist vollständig auszufüllen, zu unterzeichnen und innert 60 Tagen dem Gemeindesteueramt einzureichen!					
Personalien am 31.12.2009 oder am Ende der Steuerpflicht					
Frau/Partn. 1		Mann/Partn. 2			
Unsere Erfassung	Ihre Berichtigung	Unsere Erfassung	Ihre Berichtigung		
Geburtsdatum 15. November 1970		10. Januar 1968			
1000-100-01	(Nicht für eTax verwenden)	1000-100-00	(Nicht für eTax verwenden)		
AHV-Nummer 756.3351.4595.29		756.8701.3493.69			
Zivilstand Verh. 19.07.1990		Verh. 19.07.1990			
I Minderjährige Kinder (Jahrgänge 1992–2009), für die Sie sorgen und die nicht erwerbstätig sind					
Vorname	Geburtsdatum	Unterhalt bezahlt	erhalten	Wohnadresse	
1 Jens	29. Mai 1993				
2 Kevin	18. März 1997				
3					
4					
5					
II Volljährige Kinder, welche wegen Berufsausbildung oder Studium nicht erwerbstätig sind					
Vorname	Wohnort	Geburtsdatum	Unterhalt bezahlt	erhalten	Art/Ausbildung bis
1					
2					
3					
III Unterstützungsbedürftige, vermögenslose, von Ihnen unterhaltene Personen					
Name und Vorname	Geburtsdatum	Wie verwandt?	Wohnort	Betrag 2009	
1					
2					
Rückfragen an		Vertreten durch			
Telefon Privat		Firma	Name/Sachbearbeiter		
Telefon Geschäft		Strasse/Nr.	PLZ/Ort		
E-Mail		E-Mail			
		Telefon	Fax		
Eingang Gemeinde		Eingang Kanton		Definitiv	


Steuerverwaltung, Bahnhofstrasse 26, 6300 Zug, T 041 728 26 11, F 041 728 26 98, www.zug.ch/tax

Beispiel:
Familie Muster-Beispiel

- verheiratet
- zwei minderjährige Kinder
- unselbständig erwerbstätige Steuerpflichtige
- selbst bewohnte Liegenschaft

Wertschriften- und Guthabenverzeichnis

12



Kanton Zug

Kantons- und Gemeindesteuern
Direkte Bundessteuer

Steuererklärung 2009

WV

Wertschriften- und Guthabenverzeichnis
Antrag Rückerstattung Verrechnungssteuern

Gemeinde Zug

Personen-Nr. 1000-100-03

L-Nr.

Zugestellt 28.02.2010

Steuerverwaltung, Postfach, 6301 Zug

Herr und Frau
Muster-Beispiel Hans
Muster-Beispiel Verena
Musterstrasse 10
6300 Zug

Personalien am 31.12.2009 oder am Ende der Steuerpflicht			Vertreten durch	
	Frau/Partn. 1	Mann/Partn. 2		
Geburtsdatum	15. November 1970	10. Januar 1968	Firma	
	1000-100-01	1000-100-00	Name/Sachbearbeiter	
AHV-Nummer	756.3351.4595.29	756.8701.3493.69	Strasse/Nr.	
Zivilstand	Verh. 19.7.1990	Verh. 19.7.1990	PLZ/Ort	
Tel. Privat			E-Mail	
Tel. Geschäft			Telefon	
E-Mail			Fax	

Zusammenfassung der Steuerwerte am 31.12.2009 oder am Ende der Steuerpflicht		Wohin
	Steuerwert	Code
30.1 Total Steuerwerte private Werte A + B	177 642	600
32.1 Total geschäftliche Werte Frau/Partn. 1 A + B		GB/620
32.1 Total geschäftliche Werte Mann/Partn. 2 A + B		GB/621

Rückerstattung				Wohin
	Rubrik A	Rubrik B	Total	Code
4 Bruttoerträge, private Werte	2 838	700	3 538	160
2.1 Bruttoerträge, geschäftliche Werte Frau/Partn. 1				GB/115
2.1 Bruttoerträge, geschäftliche Werte Mann/Partn. 2				GB/116
Total Rubrik A	2 838			
Davon 35 % Verrechnungssteuer	993.30			

Antrag auf Reduktion der wirtschaftlichen Doppelbelastung		Wohin	Erträge		Wohin
	Steuerwert	Code	Kanton	Bund	Code
Private Werte	17 300		900	320	
Geschäftliche Werte Frau/Partn. 1					
Geschäftliche Werte Mann/Partn. 2					
Total	17 300	680	900	320	410

Die Verrechnungssteuer wird mit den vom Kanton und von den Gemeinden zu erhebenden Einkommens- und Vermögenssteuern verrechnet (§ 51 Verordnung zum Steuergesetz).

leer lassen

Geprüft	SB	Prov. Zahl	Gebucht

→ Antrag auf Reduktion der wirtschaftlichen Doppelbelastung

Wertschriften- und Guthabenverzeichnis

Aufstellung der privaten Werte																
Originalwährung	Nennwert / Stückzahl	Valorennummer / Kontonummer	Art / Bezeichnung (siehe Rückseite)	Titel	Zinssatz / Dividende	Datum		Steuerwert 31.12.2009		Bruttoertrag 2009		Antrag auf Reduktion der wirtschaftlichen Doppelbelastung				
						Zugang Kauf Eröffnung	Abgang Verkauf Saldierung	in % oder pro Stück	Total Franken	in Franken (ohne Rappen)		Kanton		Bund		
										A mit Verrechnungs- steuerabzug	B ohne Verrechnungs- steuerabzug	Reduktion 50%	Reduktion 50%	Reduktion 40%	Reduktion 50%	
Quote vom Nennwert in %	Steuerwert Fr.	Bruttoertrag Fr.	Bruttoertrag Fr.	Nettoertrag Fr.												
		01-701.055-01	SK	Sparkonto Musterbank					4700		43					
		77-725.100-80	KK	Privatkonto Musterbank					8537	27						
		60-1111-8	PC	Postkonto					827	3						
CHF	20000	5555	OB	Obligation ZKB	3 %	1.5.09	1.5.13		20000							
CHF	20000	5554	OB	Obligation CS	2 %	1.5.03	1.5.09			400						
				Lottogewinne gemäss Originalbesch.		24.8.09				350	35					
	100	1000555	AF	Anlagefonds Yield				85.35	8535		213					
		26-5673	DA	Depot Musterbank gemäss					82843	128	259					
				Steuerauszug												
CHF	10000		UE	Darlehen Hans Muster,				100 %	10000		150					
				8888 Musteringen												
	100	777778	AK	Firma «Exempel AG»				76.–	7600	130						
	50		AK	Firma «Muster AG, Schweiz»				314.–	15700	1000		5	7850	500		
				5%-Beteiligung												
CHF	10000		ST	Firma «Beispiel GmbH, Schweiz»				189 %	18900	800		10	9450	400	320	
				10%-Beteiligung												
Zwischentotale private Werte									177642	2838	700		17300	900	320	
Übertrag von zusätzlichen Verzeichnissen																
Übertrag von Formular DA-1/R-US 164																
Total Steuerwert/Bruttoertrag (Übertrag auf Seite 1)									177642	2838	700		17300	900	320	

↑ ↑ ↑
Antrag auf Reduktion der wirtschaftlichen Doppelbelastung

Einkünfte im In- und Ausland

Einkünfte im In- und Ausland

Wegleit.					Code	2009	Woher
1	Einkünfte aus unselbständiger Erwerbstätigkeit						
1.1	Aus Haupterwerbstätigkeit (Nettolohn gemäss Lohnausweis)			Frau/Partn. 1	100		
				Mann/Partn. 2	101	116881	
1.2	Aus Nebenerwerbstätigkeit (Nettolohn gemäss Lohnausweis)			Frau/Partn. 1	105		
				Mann/Partn. 2	106		
1.3	Weitere Gehaltsnebenleistungen bzw. geldwerte Vorteile des Arbeitgebers, die er selber nicht bewerten konnte (nicht im Lohnausweis enthalten)			Frau/Partn. 1	110		
				Mann/Partn. 2	111		
1.4	Nettolöhne im vereinfachten Verfahren abgerechnet (gemäss Bescheinigung der Ausgleichskasse)		Frau/Partn. 1		112		
			Mann/Partn. 2		113		
2	Einkünfte aus selbständiger Erwerbstätigkeit						
2.1	Aus selbständiger Erwerbstätigkeit inkl. Nettoeinkünfte von Liegenschaften des Geschäftsvermögens und Liquidationsgewinn, Überführung ins Privatvermögen oder Übetrag ins Ausland			Frau/Partn. 1	115		GB/LB
				Mann/Partn. 2	116		GB/LB
2.2	Aus Personengesellschaft			Frau/Partn. 1	125		KOLL
				Mann/Partn. 2	126		KOLL
3	Einkünfte aus Sozial- und anderen Versicherungen						
3.1	AHV-/IV-Renten (zu 100 %)			Frau/Partn. 1	130		
				Mann/Partn. 2	131		
3.2	Renten (Waisenrenten, SUVA-Renten usw.) / Pensionen	Steuerbar in	Fr.	%			
		Frau/Partn. 1			135		
		Mann/Partn. 2			136		
3.3	Leibrenten	Frau/Partn. 1		40	140		
		Mann/Partn. 2		40	141		
3.4	Erwerbsausfallentschädigung, soweit nicht im Lohnausweis enthalten (Taggelder aus Kranken-, Unfall- oder Invalidenversicherung)			Frau/Partn. 1	145		
				Mann/Partn. 2	146		
3.5	Taggelder aus Arbeitslosenversicherung			Frau/Partn. 1	150		
				Mann/Partn. 2	151		
3.6	Von Ausgleichskassen direkt ausbezahlte Kinder- und Familienzulagen oder Erwerbsausfallentschädigungen aufgrund der Erwerbsersatzordnung			Frau/Partn. 1	155		
				Mann/Partn. 2	156		
4	Wertschriftenertrag ohne Erträge aus Wertschriften des Geschäftsvermögens						
	und Ertrag aus Guthaben, Lotterie- und Totogewinnen				160	3538	WV
5	Übrige Einkünfte und Gewinne						
5.1	Unterhaltsbeiträge vom geschiedenen oder getrennt lebenden Ehe/Partn.				170		
5.2	Unterhaltsbeiträge für minderjährige Kinder (bis und mit dem Monat der Mündigkeit)				171		
5.3	Ertrag aus unverteilter Erbschaften				172		WV
5.4	Weitere Einkünfte, nähere Bezeichnung:				173		
5.5	Kapitalabfindungen für wiederkehrende Leistungen für Anzahl Jahre:				174		

Kapitalleistungen aus Vorsorge sind auf Seite 4 unten einzutragen

8	Einkünfte von Liegenschaften des Privatvermögens im Kanton Zug (nach Abzug der Unterhaltskosten)						
8.1	Ertrag/Nutzniessung der selbst genutzten Liegenschaft				186.1	19200	LV
8.2	Ertrag/Nutzniessung übrige Liegenschaften				186.2		LV+
8.3	Wohnrecht (Name, Adresse des Liegenschaftseigentümers):				183		
9	Ertrag aus Liegenschaften des Privatvermögens ausserhalb des Kantons Zug (nach Abzug der Unterhaltskosten)						
9.1	Ertrag/Nutzniessung übrige Liegenschaften in der Schweiz				186.3		LV+
9.2	Ertrag/Nutzniessung Liegenschaften Ausland				186.4		LV+
10	Total der Einkünfte (Übertrag nach Ziffer 19)				190	139619	

→ **Nettolohn**
Fr. 116 881.-

→ **Wertschriftenertrag**
aus privaten Werten
Fr. 3538.-

→ **Bitte je Liegenschaft ein**
Formular Liegenschafts-
verzeichnis (LV) ausfüllen.

Abzüge

Abzüge

Wegleit.		Code	Kanton 2009	Bund 2009	Woher
11	Berufsauslagen bei unselbständiger Erwerbstätigkeit				
	Frau/Partn. 1	201			BA
	Mann/Partn. 2	202	5 806	5 806	BA
12	Schuldzinsen (nur Schulden des Privatvermögens)				
12.1	Hypothekarzinsen	205	13 750	13 750	SV
12.2	Andere Schuldzinsen	206			SV
12.3	Schuldzinsen aus unverteilter Erbschaften	207			WV
12.4	Baukreditzinsen	208			SV
13	Unterhaltsbeiträge und Rentenleistungen				
13.1	Unterhaltsbeiträge an den geschiedenen oder getrennt lebenden Ehegatten/Partn.	210			
13.2	Unterhaltsbeiträge für minderjährige Kinder (bis und mit dem Monat der Mündigkeit)	211			
13.3	Dauernde Lasten	212			DL
14	Beiträge an anerkannte Formen der gebundenen Selbstvorsorge (Säule 3a)				
14.1	Beiträge gebundene Vorsorge gemäss Bescheinigungen				
	Frau/Partn. 1	220			VO
	Mann/Partn. 2	221	6 566	6 566	VO
15	Versicherungsprämien und Zinsen von Sparkapitalen				
15.1	Versicherungsabzug	230	8 800	4 700	VZ
16	Weitere Abzüge				
16.1	AHV-Beiträge, Prämien für obligatorische Nichtbetriebs-Unfallversicherung (NBUV), soweit nicht unter Ziffer 1+2 berücksichtigt	240			
16.2	Beiträge an die 2. Säule (inklusive Einkaufsbeiträge), soweit nicht unter Ziffer 1+2 berücksichtigt				
	Frau/Partn. 1	250			VO
	Mann/Partn. 2	251			VO
16.3	Kosten für die Vermögensverwaltung	255	235	235	
16.4	Behinderungsbedingte Kosten	257			BK
16.5	Weitere Abzüge für:	258			
17	Sonderabzug bei Erwerbstätigkeit beider Eheleute/Partn.				
17.1	vom niedrigeren Erwerbseinkommen (siehe Wegleitung)	260			
18	Total Abzüge (Übertrag nach Ziffer 20)	280	35 157	31 057	

19	Total Einkünfte (Übertrag von Ziffer 10)	180/190	139 619	139 619	
20	Total Abzüge (Übertrag von Ziffer 18)	280	35 157	31 057	
21	Zwischentotal (Ziffer 19 abzüglich Ziffer 20)	290	104 462	108 562	
22	Zusätzliche Abzüge				
22.1	Krankheits- oder Unfallkosten, soweit mehr als 5% des Zwischentotals (Ziffer 21)	295			UK
22.2	Gemeinnützige Zuwendungen	296	230	230	GZ
23	Reineinkommen (Ziffer 21 abzüglich Ziffer 22.1 und 22.2)	299	104 232	108 332	

24	Steuerfreie Beträge (Sozialabzüge) gemäss Wegleitung	Kanton	Bund			
24.1	Für Eheleute/Personen in eingetragener Partnerschaft sowie für alleinstehende Personen, die mit Kindern zusammenleben, für die ein Kinderabzug gewährt wird	14 200	—	400	14 200	
24.2	Für Eheleute, die in rechtlich und tatsächlich ungetrennter Ehe leben, bzw. für Personen in eingetragener Partnerschaft	—	2 500	401		2 500
24.3	Für die übrigen Steuerpflichtigen	7 100	—	402		
24.4	Für minderjährige oder für volljährige und in der beruflichen Ausbildung stehende Kinder (pro Kind)	12 000	6 100	403	24 000	12 200
24.5	Für jedes fremd-/selbstbetreute Kind (Jahrgänge 1994–2009)	3 300	—	404		
24.6	Für jede unterstützte Person	3 300	6 100	405		
24.7	Für AHV-/IV-Rentner (siehe Wegleitung)	3300/1600	—	406		
24.8	20% der Wohnungsmiete (siehe Wegleitung)	max. 7 800	—	407		
25	Reduktion der wirtschaftlichen Doppelbelastung			410	900	320
26	Steuerbares Einkommen gesamt			490	65 132	93 312

Bei Steuerpflicht in mehreren Kantonen	Anteil Kanton Zug	500		
Bei Steuerpflicht in mehreren Ländern	Anteil Schweiz	501		

→ Berufsauslagen
Fr. 5 806.–

→ Hypothekarzinsen
Fr. 13 750.–

→ Beiträge Säule 3a
Fr. 6 566.–

→ Versicherungsprämien
Fr. 8 800.– (Kanton)
Fr. 4 700.– (Bund)

→ Effektive Vermögensverwaltungskosten
Fr. 235.–

→ Reduktion der wirtschaftlichen Doppelbelastung gemäss Antrag im Wert-schriftenverzeichnis (WV)

Vermögen im In- und Ausland

Vermögen im In- und Ausland am 31.12.2009 oder am Ende der Steuerpflicht

Wegleit.		Code	Steuerwert am 31.12.2009*	Woher			
30	Bewegliches Vermögen						
30.1	Wertschriften und Guthaben gemäss Wertschriftenverzeichnis (nur private Werte)	600	177 642	WV			
30.2	Bargeld, Gold und andere Edelmetalle	601					
30.3	Lebens- und Rentenversicherungen						
	Gesellschaft	Abschlussjahr	Ablaufjahr	Vers.-Summe	Rückkaufswert inkl. Überschussguthaben		
		603					
30.4	Motorfahrzeuge usw.	Leasing	Kaufjahr	Kaufpreis	Steuerwert		
	VW	<input type="checkbox"/>	2008	30 000	15 000		
		<input type="checkbox"/>				604	15 000
30.5	Anteile an unverteilt Erbschaften (gemäss detaillierter Aufstellung)	605				WV	
30.6	Übrige Vermögenswerte (Schmuck, Sammlungen, Antiquitäten, Reitpferde, andere Werte)	606					
31	Private Liegenschaften						
31.1	Selbst genutzte Liegenschaft im Kanton Zug	186.5			600 000	LV	
31.2	Übrige Liegenschaften im Kanton Zug	186.6				LV+	
31.3	Übrige Liegenschaften in der Schweiz	186.7				LV+	
31.4	Liegenschaften im Ausland	186.8				LV+	
32	Geschäftsvermögen						
32.1	Aktiven (inkl. Liegenschaften/Wertschriften und Guthaben Geschäftsvermögen) zu Steuerwerten	Frau/Partn. 1	620			GB/LB	
		Mann/Partn. 2	621			GB/LB	
32.2	Vermögensanteile an in- und ausländischen Personengesellschaften	Frau/Partn. 1	622			KOLL	
		Mann/Partn. 2	623			KOLL	
33	Total der Vermögenswerte	630	792 642				
34	Schulden						
34.1	Hypothekarschulden (nur private Werte)	640	550 000			SV	
34.2	Andere Schulden inklusive Baukredite (nur private Werte)	641				SV	
34.3	Geschäftsschulden	Frau/Partn. 1	642			GB/LB	
		Mann/Partn. 2	643			GB/LB	
34.4	Schulden aus unverteilt Erbschaften	644				WV	
35	Total Schulden	650	550 000				
36	Reinvermögen (Ziffer 33 minus Ziffer 35)	660	242 642				
37	Steuerfreie Beträge (Sozialabzüge) gemäss Wegleitung						
37.1	Für Eheleute, die in rechtlich und tatsächlich ungetrennter Ehe leben bzw. bei eingetragener Partnerschaft	Fr. 200 000	671	200 000			
37.2	Für die übrigen Steuerpflichtigen	Fr. 100 000	672				
37.3	Für jedes minderjährige Kind (§ 44 Abs. 1 Ziff. 3 StG)	Fr. 50 000	673	100 000			
38	Reduktion der wirtschaftlichen Doppelbelastung	680	17 300			WV	
39	Steuerbares Gesamtvermögen	690	0				
	Anteil Kanton Zug	700					

→ Wertschriften aus WV übertragen, Fr. 177 642.-

→ Motorfahrzeug Fr. 15 000.-

→ Private Liegenschaft Fr. 600 000.- aus LV übertragen

→ Hypothekarschulden Fr. 550 000.-

→ Reduktion der wirtschaftlichen Doppelbelastung gemäss Antrag im Wertschriftenverzeichnis

Deklaration für allfällige Sondersteuern

Kapitalleistungen aus Vorsorge

(inklusive vorzeitige Bezüge, z. B. bei Kauf Wohneigentum, bei Aufnahme der selbständigen Erwerbstätigkeit usw.)

Gesamtbetrag Fr. _____ Auszahlungsdatum _____
 Bezahlte durch _____
☐ aus AHV/IV
☐ aus einer Einrichtung der beruflichen Vorsorge (Personalvorsorgeeinrichtung, 2. Säule)
☐ aus einer anerkannten Form der gebundenen Selbstvorsorge (3. Säule a)
☐ infolge Tod oder für bleibende körperliche oder gesundheitliche Nachteile aus einer Leistung des Arbeitgebers mit Vorsorgecharakter

Der/Die Unterzeichnete erklärt, dass in dieser Steuererklärung das gesamte Einkommen und Vermögen inklusive des andern Ehegatten/Partn. und der Kinder sowie das Nutzniessungsvermögen und dessen Ertrag vollständig und wahrheitsgetreu angegeben sind.

Ort und Datum _____ Unterschrift (bei Eheleuten/Personen in eingetragener Partnerschaft: beide Unterschriften notwendig) _____

Beilagen _____

Ziffer 1 Einkünfte aus unselbständiger Erwerbstätigkeit

Steuerbar sind alle Einkünfte aus Arbeitsverhältnissen einschliesslich aller Nebeneinkünfte, wie insbesondere Entschädigungen für Sonderleistungen, Provisionen, Zulagen, Dienstalters- und Jubiläumsgeschenke, Gratifikationen, Trinkgelder, Tantiemen, andere geldwerte Vorteile, Spesenvergütungen, denen keine entsprechenden Ausgaben gegenüberstehen, Naturalbezüge (freie Wohnung, Kost usw.) und vom Arbeitgeber direkt vergütete Lebenshaltungskosten.

Ziffer 1.1 und 1.2
Einkünfte aus
unselbständiger
Erwerbstätigkeit (BA)
(Lohnausweis)

In die Steuererklärung ist der in Ziffer 11 des Lohnausweises aufgeführte Nettolohn (das heisst der Lohn nach Abzug der Beiträge an die AHV, IV, EO, ALV, NBUV sowie der Beiträge an die berufliche Vorsorge bzw. an die 2. Säule) einzusetzen. Bei mehreren Lohnausweisen ist der Nettolohn aller Ausweise zusammenzuzählen und hier einzusetzen.

Spesenentschädigungen gelten als steuerbares Einkommen, soweit sie nicht Ersatz von berufsnotwendigen Auslagen darstellen. Bitte beachten Sie, dass die Steuerverwaltung den Nachweis verlangen kann, dass die Spesenentschädigungen tatsächlich Auslagenersatz darstellen. Für die private Benutzung eines Geschäftsautos beispielsweise ist ein Privatanteil gemäss der Wegleitung zum Ausfüllen des Lohnausweises aufzurechnen.

Wenn Sie **Mitarbeiteraktien/-optionen** erhalten, legen Sie bitte das von Ihrem Arbeitgeber erstellte Beiblatt zum Lohnausweis bei, das alle relevanten Detailangaben enthält.

Bestehen **zeitliche Lücken** in der Erwerbstätigkeit, so sind diese ausdrücklich zu bezeichnen, damit klar ersichtlich ist, dass nicht vergessen wurde, eine entsprechende Einkommensbescheinigung beizulegen.

In diese Ziffer sind weitere Gehaltsnebenleistungen bzw. geldwerte Vorteile des Arbeitgebers einzutragen, die er selber nicht bewerten konnte und die nicht im Lohnausweis enthalten sind.

Ziffer 1.3
Weitere Gehalts-
nebenleistungen (K)

Mit dem Inkrafttreten des Bundesgesetzes über Massnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit (BGSA) auf den 1. Januar 2008 haben Arbeitgeber unter bestimmten Voraussetzungen die Möglichkeit, die Löhne der in ihrem Betrieb beschäftigten Arbeitnehmer in einem vereinfachten Verfahren abzurechnen. Die im vereinfachten Abrechnungsverfahren mittels Quellensteuerabzug besteuerten Löhne werden im ordentlichen Steuerveranlagungsverfahren des Arbeitnehmers weder bei der Festsetzung der Einkommenssteuer noch für die Satzbestimmung berücksichtigt. Die im vereinfachten Abrechnungsverfahren abgerechneten und somit bereits besteuerten Nettolöhne sind deshalb in der Vorkolonne unter Ziffer 1.4 zu deklarieren. **Die entsprechende Bescheinigung der zuständigen Ausgleichskasse ist der Steuererklärung beizulegen.**

Ziffer 1.4
Vereinfachtes Abrechnungs-
verfahren (K)

Bitte beachten Sie, dass die Deklaration der im vereinfachten Abrechnungsverfahren besteuerten Löhne nur zu Informationszwecken dient. Diese Löhne werden nicht in die Berechnung des Totals der Einkünfte gemäss Ziffer 10 miteinbezogen.

Ziffer 2 Einkünfte/Verluste aus selbständiger Erwerbstätigkeit

Das Einkommen aus selbständiger Tätigkeit umfasst alle Einkünfte aus Handel, Gewerbe, Industrie und freien Berufen, aus Land- und Forstwirtschaft sowie den gewerbsmässigen Handel mit Liegenschaften und Wertschriften usw.

Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte, Anwälte, Architekten, Landwirte und Ingenieure haben die Möglichkeit, einen besonderen Fragebogen vom Internet herunterzuladen (www.zug.ch/tax). Buchführungspflichtige Betriebe oder solche, die freiwillig eine Buchhaltung führen, müssen neben dem Gewerbebogen (Formular GB) auch den unterschriebenen Geschäftsabschluss des Jahres 2009 (das heisst die **detaillierte und unterzeichnete Bilanz und Erfolgsrechnung**) einreichen. Speziell zu beachten ist, dass zu den Einkünften aus selbständiger Erwerbstätigkeit auch alle Kapitalgewinne aus Veräusserung, Verwertung oder buchmässiger Aufwertung von Geschäftsvermögen gehören. Der Veräusserung gleichgestellt ist die Überführung von Geschäftsvermögen in das Privatvermögen oder in ausländische Betriebe oder Betriebsstätten. Als Geschäftsvermögen gelten alle Vermögenswerte, die ganz oder vorwiegend der selbständigen Erwerbstätigkeit dienen; Gleiches gilt für die Beteiligungen von mindestens 20% am Grund- oder Stammkapital einer Kapitalgesellschaft oder Genossenschaft, sofern die Eigentümerin oder der Eigentümer sie im Zeitpunkt des Erwerbs zum Geschäftsvermögen erklärt.

Zu deklarieren ist auch das Nettoeinkommen aus einer selbständigen Nebenerwerbstätigkeit; so unter anderem Vermittlungsprovisionen, Gutachterhonorare, Entschädigungen für Buchhaltungsarbeiten usw.

Nach dem Steuergesetz unterliegen Verkaufs- und Kapitalgewinne auf Geschäftsliegenschaften der Einkommenssteuer. Gewinne, die durch Veräusserung oder Verwertung von Geschäftsvermögen erzielt werden, gehören zum Ertrag der Unternehmung. Grundstücksgewinne des Privatvermögens unterliegen jedoch der Grundstückgewinnsteuer.

In- und ausländische Kollektiv- oder Kommanditgesellschaften sowie einfache Gesellschaften sind als solche nicht selbständig steuerpflichtig. Einkommen und Vermögen sind vom einzelnen Gesellschafter persönlich zu deklarieren. **Der Steuererklärung ist der ausgefüllte Fragebogen für Kollektiv- und Kommanditgesellschaften beizulegen, ergänzt durch den Buchhaltungsabschluss.**

Ziffer 2.1

Einkünfte/Verluste aus selbständiger Erwerbstätigkeit (GB/LB)

Liegenschaftsgewinne

Ziffer 2.2

Einkommen aus Personengesellschaft (KOLL)/Einfache Gesellschaft

Ziffer 3 Einkünfte aus Sozial- und anderen Versicherungen

Diese sind wie folgt steuerbar:

AHV-/IV-Renten sind zu 100% steuerbar.

Bitte beachten Sie, dass Sie den Erhalt dieser Einkünfte auf Verlangen der Steuerverwaltung nachweisen können.

Ziffer 3.1

AHV-/IV-Renten (K)

Renten von Einrichtungen der beruflichen Vorsorge (2. Säule), d. h. Renten von Pensionskassen oder Verbandsvorsorgeeinrichtungen von Selbständigerwerbenden, die auf einem Vorsorgeverhältnis beruhen, das am 31. Dezember 1986 bereits bestand, sind wie folgt zu versteuern:

- wenn die Rente vor dem 1. Januar 2002 zu laufen begann und die versicherte Person mindestens 20% der gesamten geleisteten Beiträge selbst erbracht hat zu 80%
- in allen übrigen Fällen zu 100%

Andere Renten:

- von Arbeitgebern (also nicht von einer Pensionskasse) ausgerichtete Renten zu 100%
- Renten der SUVA und andere Renten aus obligatorischer Berufs- und Nichtberufsunfallversicherung zu 100%
- Renten aus anerkannten Formen der gebundenen Selbstvorsorge (Säule 3a) zu 100%
- Renten und Ersatzeinkünfte der Militärversicherung zu 100%

Folgende Leistungen der Militärversicherung sind jedoch steuerfrei:

- Invaliden- und Hinterlassenenrenten, die vor dem 1. Januar 1994 zu laufen begonnen haben, einschliesslich der altrechtlichen Invalidenrenten, die nach dem 1. Januar 1994 in eine Altersrente umgewandelt wurden
- Integritätsschadenrenten und Genugtuungsleistungen; Schadenersatzleistungen (Sachleistungen und Kostenvergütungen)

Die als Einkünfte steuerbaren Renten und Pensionen sind mit den entsprechenden Rentenbestätigungen zu deklarieren.

Unterstützungsleistungen wie Pflegebeiträge, Hilflosenentschädigungen, Ergänzungsleistungen, Beihilfen, Arbeitslosenhilfen und Gemeindegzuschüsse, welche Bezüglern von AHV-, IV- und UVG-Leistungen ausgerichtet werden, sind steuerfrei.

Leibrenten mit oder ohne Rückgewähr sowie Einkünfte aus Verpfändung müssen zu 40% versteuert werden. Diese Einkünfte sind mit den entsprechenden Rentenbestätigungen zu deklarieren.

Taggelder aus Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung sind steuerpflichtig. Falls sie nicht im Lohnausweis enthalten sind, sind solche Leistungen hier einzutragen. In diesem Fall ist von der Versicherungseinrichtung eine Bescheinigung über diese Einkünfte einzuholen und zusammen mit der Steuererklärung einzureichen.

Diese sind aufgrund der Bescheinigung der Arbeitslosenversicherung einzutragen. Bitte unbedingt die Bescheinigungen beilegen.

Kinder- und Familienzulagen sowie Erwerbsausfallentschädigungen, welche direkt von der Ausgleichskasse ausgerichtet und nicht bereits im Erwerbseinkommen unter Ziffer 1 und 2 berücksichtigt worden sind, sind hier einzutragen. **Bitte beachten Sie, dass Sie diese Einkünfte auf Verlangen der Steuerverwaltung nachweisen können.**

Ziffer 3.2
Renten/Pensionen (K)

Ziffer 3.3
Leibrenten (K)

Ziffer 3.4
Erwerbsausfall-
entschädigung (K)

Ziffer 3.5
Taggelder aus Arbeits-
losenversicherung (K)

Ziffer 3.6
Kinder- und Familien-
zulagen/Erwerbs-
ausfallentschädigungen
aufgrund der EO (K)

Ziffer 4 Wertschriftenertrag (Wertschriften- und Guthabenverzeichnis 2009 mit/ohne Verrechnungssteuerantrag)

Wer hat das Formular auszufüllen?

Wenn Sie Wertschriften oder Guthaben besitzen, wozu auch Sparhefte und Salärkonti zählen, oder wenn Sie einen Lotterie-, Zahlenlotto- oder Sport-Toto-Gewinn erzielt haben, dann füllen Sie bitte dieses Formular aus.

Beachten Sie, dass der **Anspruch auf Rückerstattung der Verrechnungssteuer erlischt**, wenn der Antrag nicht **innert dreier Jahre nach Ablauf des Kalenderjahres**, in dem die steuerbare Leistung fällig geworden ist, **gestellt wird**.

Neu gestaltetes Formular

Das Wertschriften- und Guthabenverzeichnis 2009 ist vollständig überarbeitet worden.

Die Vermögenswerte können, unabhängig davon, ob die Erträge daraus der Verrechnungssteuer unterliegen, fortlaufend im Wertschriftenverzeichnis sowie in allfälligen zusätzlichen Verzeichnissen aufgeführt werden. Deklarieren Sie alle Bruttoerträge, die der Verrechnungssteuer unterliegen, in Rubrik A und alle Erträge, die der Verrechnungssteuer nicht unterliegen, in Rubrik B.

Beilagen

Auf den folgenden Seiten ist vermerkt, bei welchen Positionen zwingend Belege einzureichen sind.

Welche Vermögenswerte und Einkünfte sind wo einzutragen?

In das Formular einzutragen sind das Vermögen der steuerpflichtigen Personen und der minderjährigen Kinder der Jahrgänge 1992–2009 sowie ein allfälliges Nutzniessungsvermögen.

Vermögen und Ertrag von volljährigen Kindern (Jahrgang 1991 und älter) sind durch diese selber zu versteuern. Sie müssen daher ebenfalls ein Wertschriften- und Guthabenverzeichnis ausfüllen, um den Verrechnungssteueranspruch auf den Fälligkeiten des Jahres 2009 geltend zu machen. Dementsprechend brauchen die Eltern diese Werte nicht mehr zu deklarieren bzw. mit Saldierungsdatum 1.1.09 zu vermerken.

Ansprüche an Einrichtungen der **beruflichen Vorsorge** (Pensionskassen, Personalvorsorgeeinrichtungen, Verbandsvorsorgeeinrichtungen Selbständigerwerbender), Personalvorsorge-Guthaben bei Banken, Freizügigkeitspolice, Freizügigkeitskonti sowie Ansprüche an Bankstiftungen aus anerkannten Formen der gebundenen **Selbstvorsorge (Säule 3a)** sind bis zur Fälligkeit der Leistungen **steuerfrei** und **im Wertschriften- und Guthabenverzeichnis nicht aufzuführen**.

Wertpapiere und deren Bruttoertrag, Lotteriegewinne usw. sind entweder in Rubrik A oder Rubrik B einzutragen, je nachdem, ob die Verrechnungssteuer abgezogen wurde oder nicht. Die Seitenüberschriften im Verrechnungssteuerantrag und die nachstehenden Ausführungen orientieren über die Einzelheiten.

Stockwerkeigentümergeinschaften stellen den Antrag auf Rückerstattung der Verrechnungssteuer auf den Erträgen des Erneuerungsfonds bei der Eidgenössischen Steuerverwaltung, Hauptabteilung Direkte Bundessteuer, Verrechnungssteuer, Stempelabgaben, 3003 Bern.

Die einzelnen Stockwerkeigentümer führen die anteilmässigen Erträge und Vermögensanteile im persönlichen Wertschriftenverzeichnis in der Kolonne B (Werte ohne Verrechnungssteuerabzug) auf, da die Rückerstattung direkt an die einfache Gesellschaft erfolgt.

Wie wird der Steuerwert am Ende des Kalenderjahres ermittelt?

Für den Steuerwert am Ende des Kalenderjahres für inländische und ausländische Kurse ist der Schlusskurs des letzten Börsentages im Monat Dezember 2009 massgebend.

Bei fehlendem Kurs wird auf den letzten verfügbaren Kurs zurückgegriffen. Dieser Kurs gilt dann als Steuerwert am 31. 12. 2009.

Für die in der Schweiz kotierten Titel kann der Kurs der amtlichen Steuerkursliste per 31. 12. 2009 der Eidgenössischen Steuerverwaltung (ESTV) entnommen werden. Diese Kursliste erscheint im Februar 2010 und kann im Internet (www.estv.admin.ch) abgerufen oder zum Selbstkostenpreis bei der Steuerverwaltung, Bahnhofstrasse 26, Postfach, 6301 Zug, Telefon 041 728 26 11, bezogen werden.

Für Titel, die nur im Ausland kotiert sind, wird die Umrechnung des ausländischen Kurswertes in Schweizer Franken zu den in der amtlichen Steuerkursliste aufgeführten Devisen- bzw. Wertschriftenkursen vorgenommen.

Vor- oder ausserbörslich gehandelte Wertpapiere: Die Kursliste kann im Internet (www.estv.admin.ch) abgerufen oder zum Selbstkostenpreis bei der Steuerverwaltung, Bahnhofstrasse 26, Postfach, 6301 Zug, Telefon 041 728 26 11, bezogen werden.

Bitte beachten Sie, dass die von den Banken per Ende Jahr jeweils regelmässig erstellten Anlageverzeichnisse keine Angaben über erhaltene Erträge beinhalten. Für steuerliche Zwecke eignen sich dagegen die von den Banken – auf Wunsch des Kunden – eigens ausgefertigten Steuerverzeichnisse, die mit detaillierten Ertragswerten versehen sind. Enthalten sind auch allfällige Erträge von Vermögenswerten, die im Laufe des Jahres veräussert oder zurückbezahlt worden sind.

Nichtkotierte Wertpapiere sind zum Verkehrswert (behördliche Bewertung) anzugeben. Wenn dieser nicht bekannt ist, darf, unter Vorbehalt der Berichtigung durch die Veranlagungsbehörde, vorläufig der letzte bekannte Steuerwert eingesetzt werden. Über den zulässigen Pauschalabzug für vermögensrechtliche Beschränkungen (Minderheitsbeteiligung) gibt die Wegleitung zur Bewertung von Wertpapieren ohne Kurswert für die Vermögenssteuer (Kreisschreiben der Schweizerischen Steuerkonferenz Nr. 28 vom 28. 8. 2008) oder unsere Wertschriftenbewertungsstelle, Telefon 041 728 26 61, Auskunft.

Guthaben sind mit dem vollen Forderungsbetrag anzugeben. Auf ausländische Währung lautende Guthaben sind zu den gleichen Devisen- bzw. Wertschriftenkursen in Schweizer Franken umzurechnen wie die im Ausland kotierten Wertschriften.

Was gilt bei unterjähriger Steuerpflicht?

Bei **Beendigung der Steuerpflicht im Laufe des Kalenderjahres 2009** ist – mit Ausnahme bei Wegzug in einen anderen Kanton (siehe unten) – der Wert des Vermögens am Ende der Steuerpflicht einzutragen. Für Wertpapiere ist deren Kurswert im Zeitpunkt der Beendigung der Steuerpflicht massgebend.

Besteht die **Steuerpflicht bei Tod, Wegzug ins oder Zuzug aus dem Ausland** nur während eines Teils der Steuerperiode 2009, sind im Wertschriften- und Guthabenverzeichnis nur diejenigen Bruttoerträge einzutragen und für die Steuerpflicht massgebend, **die während der Dauer der Steuerpflicht fällig geworden sind**.

Bei Wegzug in einen **anderen Kanton** während der Steuerperiode 2009 ist der neue Kanton für die ganze Steuerperiode zuständig. Bei Zuzug aus einem andern Kanton während der Steuerperiode 2009 ist der Kanton Zug für die ganze Steuerperiode zuständig.

Erbschaften / Erbvorbezüge / Schenkungen

Es sind alle Vermögensanfälle von Todes wegen (**auch wenn die Erbteilung noch nicht erfolgt ist**), jeder Erbvorbezug und jede Schenkung anzugeben, welche im Jahre 2009 stattgefunden haben.

Für die zulasten einer unverteilter Erbschaft erhobenen Verrechnungssteuern haben die Erbinnen und Erben unter bestimmten Voraussetzungen Anspruch auf Rückerstattung. Darüber informieren die Formulare S-167 (Antragsformular) und S-167-1 (Wegleitung), die im Internet unter www.zug.ch/tax abgerufen oder bei der Steuerverwaltung, Bahnhofstrasse 26, Postfach, 6301 Zug, Telefon 041 728 26 11, bezogen werden können.

Teilbesteuerung bzw. Reduktion der wirtschaftlichen Doppelbelastung (Kantons- und Gemeindesteuern Steuerperiode 2009)

Bei der Einkommenssteuer

Wenn Sie zu mindestens 5% am Aktien-, Grund- oder Stammkapital an in der Schweiz unbeschränkt steuerpflichtigen Kapitalgesellschaften (Aktiengesellschaften, Kommanditaktiengesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung) und Genossenschaften beteiligt sind oder wenn Ihre Beteiligung am Kapital an einer solchen Gesellschaft einen Verkehrswert von mindestens 5 Millionen Franken ausmacht, werden die aus diesen Gesellschaften ausgeschütteten (offen ausgewiesenen) Gewinne (Dividenden) mit Fälligkeiten ab dem 1. Januar 2009 zur Ermittlung des steuerbaren und des satzbestimmenden Einkommens nur zu 50% erfasst.

Bei der Berechnung des prozentualen Umfanges der Beteiligung (Fünf-Prozent-Quote) ist grundsätzlich der Zeitpunkt der Fälligkeit der Ausschüttung (Dividendenstichtag) massgebend. Für die Verkehrswertermittlung einer Beteiligung wird in der Regel auf die Verhältnisse im Zeitpunkt der Beschlussfassung der Generalversammlung über die Ausschüttung einer Dividende abgestellt.

Bei der Vermögenssteuer

Wenn Sie zu mindestens 5% am Aktien-, Grund- oder Stammkapital an in der Schweiz unbeschränkt steuerpflichtigen Kapitalgesellschaften (Aktiengesellschaften, Kommanditaktiengesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung) und Genossenschaften beteiligt sind oder wenn Ihre Beteiligung am Kapital an einer solchen Gesellschaft einen Verkehrswert von mindestens 5 Millionen Franken ausmacht, wird der zu entlastende Verkehrswert einer solchen Beteiligung zu 50% zum steuerbaren Vermögen gezählt und für die Bestimmung des satzbestimmenden Vermögens ebenfalls nur zu 50% berücksichtigt.

Für die Beurteilung der Voraussetzungen wird auf die Verhältnisse am Vermögensstichtag (Ende der Steuerperiode bzw. Ende der Steuerpflicht) abgestellt. In Bezug auf die Beteiligungsquote, die Anzahl Titel und die Verkehrswertermittlung sind diejenigen Werte verbindlich, welche für die Vermögensbesteuerung gelten.

Deklarationsverfahren

Die steuerliche Entlastung wird nur auf Antrag gewährt und setzt zudem voraus, dass Sie den Nachweis erbracht haben, dass die entsprechenden Voraussetzungen erfüllt sind. Zu diesem Zweck muss im Einzelfall für jede qualifizierte Beteiligung (Fünf-Prozent-Quote oder 5 Millionen Franken Verkehrswert) im Wertschriftenverzeichnis in der Rubrik «Antrag auf Reduktion der wirtschaftlichen Doppelbelastung» die steuerliche Entlastung auf ihrem Steuerwert (Reduktion von 50% vom Steuerwert) bzw. auf ihrem Ertrag (Reduktion von 50% vom Bruttoertrag) in Schweizer Franken eingetragen werden. Je nachdem, ob es sich um private oder geschäftliche Beteiligungen handelt, sind die einzelnen Eintragungen in den im

Wertschriftenverzeichnis aufgeführten «Aufstellungen der privaten Werte» bzw. «Aufstellungen der geschäftlichen Werte» vorzunehmen. Das Total der steuerlichen Entlastungen auf den (privaten und geschäftlichen) Steuerwerten bzw. auf ihrem Ertrag (Kantonssteuer) ist auf Seite 1 des Wertschriftenverzeichnisses in der Rubrik «Antrag auf Reduktion der wirtschaftlichen Doppelbelastung» in die Felder «Steuerwert» und «Erträge Kanton» einzutragen und anschliessend in das Hauptformular (Formular K) in die Ziffer 38 bzw. Code 680 (Total der steuerlichen Entlastungen auf den Steuerwerten) und in die Ziffer 25 bzw. Code 410 (Total der steuerlichen Entlastungen auf den Erträgen, Spalte Kanton 2009) zu übertragen.

Teilbesteuerung bzw. Reduktion der wirtschaftlichen Doppelbelastung (direkte Bundessteuer Steuerperiode 2009)

Beteiligungen, die mindestens 10 % am Grund- oder Stammkapital einer Kapitalgesellschaft oder Genossenschaft ausmachen, gelten als qualifizierte Beteiligungen und unterliegen bei der direkten Bundessteuer der Teilbesteuerung.

Detaillierte Angaben zur Teilbesteuerung von Einkünften aus qualifizierten Beteiligungsrechten sind den Kreisschreiben der Eidgenössischen Steuerverwaltung Nr. 22 vom 16. Dezember 2008 für Beteiligungen im Privatvermögen (im Internet abrufbar unter www.estv.admin.ch, Direkte Bundessteuer, Kreisschreiben, 1-022-D-2008-d) und Nr. 23 vom 17. Dezember 2008 für Beteiligungen im Geschäftsvermögen (im Internet abrufbar unter www.estv.admin.ch, Direkte Bundessteuer, Kreisschreiben, 1-023-D-2008-d) zu entnehmen.

Im **Privatvermögen** sind Erträge aus qualifizierten Beteiligungen im Umfang von 60 % steuerbar. Der Abzug von 40 % für die Teilbesteuerung (das heisst die Reduktion von 40 % auf dem Bruttoertrag) ist pro qualifizierte Beteiligung im Wertschriftenverzeichnis in der Aufstellung der privaten Werte in der Rubrik «Antrag auf Reduktion der wirtschaftlichen Doppelbelastung» (Spalte Bund), berechnet in Schweizer Franken, einzutragen.

Im **Geschäftsvermögen** sind Erträge aus qualifizierten Beteiligungen sowie Gewinne aus der Veräusserung solcher Beteiligungsrechte nach Abzug des zurechenbaren Aufwandes im Umfang von 50 % steuerbar. Dazu ist eine Spartenrechnung (vgl. Vorlage im Anhang zu Kreisschreiben Nr. 23 der Eidgenössischen Steuerverwaltung vom 17. Dezember 2008) zu führen und zusammen mit der Steuererklärung einzureichen. Der Abzug von 50 % für die Teilbesteuerung (das heisst die Reduktion von 50 % auf dem Nettoertrag) ist im Wertschriftenverzeichnis in der Aufstellung der geschäftlichen Werte in der Rubrik «Antrag auf Reduktion der wirtschaftlichen Doppelbelastung» (Spalte Bund), berechnet in Schweizer Franken, einzutragen.

Die Totale der steuerlichen Entlastungen auf den Erträgen aus den privaten oder geschäftlichen Beteiligungen ist für die Zwecke der direkten Bundessteuer auf Seite 1 des Wertschriftenverzeichnisses in der Rubrik «Antrag auf Reduktion der wirtschaftlichen Doppelbelastung» in die Felder «Erträge Bund» (private Werte, geschäftliche Werte) einzutragen und anschliessend in das Hauptformular (Formular K) in die Ziffer 25 bzw. Code 410 (Total der steuerlichen Entlastungen auf den Erträgen, Spalte Bund 2009) zu übertragen.

Rubrik A: Werte mit Verrechnungssteuerabzug

Grundsatz

In die Rubrik A sind diejenigen Werte einzutragen, auf deren Erträgen ein Verrechnungssteuerabzug vorgenommen wurde. Die Zinsen und Dividenden schweizerischer Wertpapiere sowie die Sparkonti mit einem Bruttozins von mehr als Fr. 50.– im Jahr sind der schweizerischen Verrechnungssteuer unterworfen.

Bei Kontokorrent-, Salär- und Postkonti wird dieser Steuerabzug jedoch auch auf Erträgen unter Fr. 50.– erhoben; sie sind daher ebenfalls in die Rubrik A einzutragen. Wir führen nachstehend einige Beispiele an und empfehlen Ihnen diese Reihenfolge auch für Ihre Aufstellung.

Spar-, Privat-, Salär-, Kontokorrent-, Post-, Mietzinskautionskonti usw.

Tragen Sie diese hier ein, wenn ein Verrechnungssteuerabzug vorgenommen wurde. Bei Saldierungen im Jahre 2009 bitte Saldierungsdatum (inklusive Abschlusszins) aufführen.

Festgeldanlagen

Bitte Anlagebetrag, Zinssatz, Schuldner/Schuldnerin, Laufzeit (z.B. 16.6.2009 bis 15.9.2009) und Bruttoertrag angeben. Bei Verlängerung ist jede Anlageperiode einzeln aufzuführen.

Die Abrechnungsbelege des Schuldners/der Schuldnerin müssen beigelegt werden.

24

Kassenobligationen/Anlehensobligationen

Bitte Ausgabejahr, Verfalljahr, Zinssatz und Coupontermin im Wertschriftenverzeichnis genau angeben, ansonsten Bankbelege beilegen. Haben Sie im Jahr 2009 Kassaobligationen gezeichnet, zurückbezahlt, erhalten oder umgetauscht? **In diesem Fall sollten Sie die Bankabrechnung beilegen.**

Geldmarktbuchforderungen usw.: vgl. Erläuterung zu Rubrik B.

Aktien, Partizipations- und Genussscheine, GmbH- und Genossenschaftsanteile

Bei Käufen und Verkäufen im Jahre 2009 sind die genauen Kaufs-/Verkaufsdaten aufzuführen oder die entsprechenden **Abrechnungen** beizulegen.

Anlagefonds

Bitte genaue Fondsbezeichnung mit Valorennummer (Wertkennnummer) aufführen. **Bei Käufen und Verkäufen im Jahre 2009 sind im Wertschriftenverzeichnis die genauen Kaufs- und Verkaufsdaten aufzuführen oder die entsprechenden Abrechnungen beizulegen.**

Ausschüttungen müssen grundsätzlich als Einkommen versteuert werden.

Das gilt auch dann, wenn die Ausschüttungen nicht in bar gutgeschrieben, sondern in neue Fondsanteile reinvestiert werden. Von der Besteuerung ausgeschlossen sind lediglich gesondert ausgerichtete Kapitalgewinnauszahlungen, sofern es sich um einen Anlagefonds ohne eigene Rechtspersönlichkeit und um Titel im Privatvermögen handelt. Die Ausschüttungen von so genannten SICAV-Anlagen sind damit voll steuerpflichtig. Die im Fonds zurückbehaltenen Erträge (thesaurierte Erträge) sind durch den Anteilsinhaber oder die Anteilsinhaberin als Vermögensertrag zu versteuern. Auf den thesaurierten Erträgen von Wertzuwachsanlagefonds wird keine Verrechnungssteuer erhoben. Die Deklaration des Steuerwertes und des zurückbehaltenen Ertrages erfolgt in der Rubrik B.

Gratisaktien

Unentgeltliche Zuteilung von Nennwert, also Gratisaktien, sowie unentgeltliche Nennwert-erhöhungen werden als Vermögensertrag besteuert.

Bezugsrechte

Unter Bezugsrecht ist das Recht des Aktionärs bei einer Kapitalerhöhung zu verstehen, einen seinem bisherigen Aktienbesitz entsprechenden Teil der neuen Aktien zu beanspruchen. Der Erlös aus der Veräusserung solcher Bezugsrechte ist steuerfrei.

Lotterie-, Zahlenlotto- und Sport-Toto-Gewinne

Die Originalbescheinigung der Lotteriegesellschaft, einer schweizerischen Bank oder der Auszahlungsabschnitt der Post ist **beizulegen**.

Rubrik B: Werte ohne Verrechnungssteuerabzug

Sparkonti, wenn der Zins **nicht** um die eidgenössische Verrechnungssteuer gekürzt wurde. Ein Bruttozins bis Fr. 50.– ist verrechnungssteuerfrei.

Darlehen und Hypothekarforderungen

Bei Rückzahlungen bitte genaues Rückzahlungsdatum aufführen.

Gewinne aus ausländischen Lotterien und Naturaltreffer sowie inländische Lotteriegewinne, die ohne Abzug der eidgenössischen Verrechnungssteuer ausgerichtet wurden.

Zerobonds, Diskontobligationen, Doppelwährungsanleihen, globalverzinsliche Obligationen, Geldmarktbuchforderungen, Treuhandanlagen usw.

Die entsprechenden **Kauf- und Verkaufsabrechnungen** sind beizulegen.

Ausländische Wertschriften

Auch alle ausländischen Wertpapiere und Guthaben müssen in das Wertschriften- und Guthabenverzeichnis aufgenommen werden. **Ausserdem ist die Angabe der genauen Bezeichnung dieser Titel und der Valorenummer (Wertkennnummer) notwendig.**

Die in fremden Devisen ausgerichteten Erträge solcher Wertschriften sind zum Tageskurs in Schweizer Franken umzurechnen.

Mit zahlreichen Ländern bestehen Abkommen zur Vermeidung oder Milderung der Doppelbesteuerung. Wertpapiere aus solchen Ländern sind vorerst auf dem Antrag DA-1 einzutragen.

Ausländische Dividenden und Zinsen, für welche die **pauschale Steueranrechnung** verlangt wird, sowie **amerikanische Vermögenswerte**, deren Ertrag um den zusätzlichen Steuer-rückbehalt USA gekürzt worden ist, sind im Ergänzungsblatt DA-1/R-US 164 aufzuführen. Die Totale müssen in das Wertschriften- und Guthabenverzeichnis übertragen werden.

Hinweise finden Sie im Merkblatt zum Formular DA-1. Das Merkblatt können Sie bei der Steuerverwaltung, Bahnhofstrasse 26, Postfach, 6301 Zug, Telefon 041 728 26 11, beziehen.

Ziffer 5 Übrige Einkünfte

Unterhaltsbeiträge (Alimente), die der geschiedene, gerichtlich oder tatsächlich getrennt lebende Ehepartner für sich erhält, sind von diesem als Einkommen zu deklarieren. **Bei erstmaligem Erhalt ist eine Kopie der entsprechenden Passagen des Scheidungs- oder Trennungsurteils bzw. der Trennungsvereinbarung beizulegen.** Erhält er jedoch die Unterhaltsbeiträge in Form einer einmaligen Kapitalabfindung, sind diese steuerfrei.

Unterhaltsbeiträge für minderjährige Kinder sind bis und mit dem Monat der Mündigkeit (18 Jahre) als Einkommen zu deklarieren. **Bei erstmaligem Erhalt ist eine Kopie der entsprechenden Passagen des Scheidungs- oder Trennungsurteils bzw. der Trennungsvereinbarung beizulegen.** Demgegenüber sind Beiträge, die ein Kind nach dem Monat erhält, in dem es 18 Jahre alt geworden ist, steuerfrei. Als einmalige Kapitalabfindung erbracht, sind sie in jedem Fall steuerfrei.

Erbengemeinschaften werden nicht separat besteuert. Das Einkommen aus unverteilteten Erbschaften muss von den einzelnen Erben ab dem Todestag anteilmässig (d. h. entsprechend ihrer Erbquote) versteuert werden. **Bitte legen Sie der Steuererklärung unbedingt eine Aufstellung bei, aus welcher das Gesamteinkommen bzw. der Anteil pro Erbe z. B. wie folgt ersichtlich ist.**

Ziffer 5.1
Unterhaltsbeiträge vom geschiedenen oder getrennt lebenden Ehegatten (ohne Kinderalimente) (K)

Ziffer 5.2
Unterhaltsbeiträge für minderjährige Kinder (bis und mit dem Monat der Mündigkeit) (K)

Ziffer 5.3
Ertrag aus unverteilteten Erbschaften/Musterbeispiel (WV)

Musterbeispiel unverteilte Erbschaft:

Erblasser: Hans Fischer
 Letzte Wohngemeinde: Unterägeri
 Beteiligte Erben und Erbanteil:

Todesdatum: 15.06.2009
 Datum der Erbteilung: 1.12.2009
 Peter Fischer, Baar, $\frac{1}{4}$ Anteil
 Rolf Fischer, Steinhausen, $\frac{1}{4}$ Anteil
 Rita Meier-Fischer, Zug, $\frac{1}{4}$ Anteil
 Markus Fischer, Zug, $\frac{1}{4}$ Anteil

	<u>Einkommen/Ausgaben</u>		<u>Vermögen/Schulden</u>	
	$\frac{1}{4}$	$\frac{1}{4}$	$\frac{1}{4}$	$\frac{1}{4}$
Wertschriften:				
ZKB-Sparkonto	882.–	220.50	18 800.–	4 700.–
Raiffeisenbank	630.–	157.50	42 000.–	10 500.–
Obligation UBS 2 %	200.–	50.–	10 000.–	2 500.–
Grundstücke:				
Stockwerkeigentum Unterägeri				
Steuerwert			600 000.–	150 000.–
Mietertrag von Dritten	42 000.–	10 500.–		
Unterhaltskosten	8 000.–	2 000.–		
Schulden:				
Hypothekarschuld			400 000.–	100 000.–
Schuldzinsen	11 600.–	2 900.–		
Sonstige Vermögenswerte:				
Segelboot			40 000.–	10 000.–
Total	24 112.–	6 028.–	310 800.–	77 700.–

Tragen Sie hier alle weiteren Einkünfte ein, die der Steuerpflicht unterliegen und unter den übrigen Ziffern nicht aufgeführt sind, wie z.B. Einkommen aus der Vermietung beweglicher Sachen, Untermiete (nach Abzug aller Aufwendungen), Inkonvenienzentschädigungen (z.B. bei Enteignungen), Reuegelder und verfallene Konventionalstrafen, Entschädigungen für die Aufgabe oder Nichtausübung einer Tätigkeit, Entschädigung für die Nichtausübung eines Rechts, Gewinne aus Wetten, Wettbewerben, Lotterien und Preisausschreiben aller Art, Korporationsnutzen, Kapitalerträge von Kapitalversicherungen mit Einmalprämie, die nicht der Vorsorge dienen. Bitte beachten Sie, dass Sie diese Einkünfte auf Verlangen der Steuerverwaltung nachweisen können.

Ziffer 5.4
Weitere Einkünfte (K)

Gemeint sind Kapitalabfindungen, die nicht aus beruflicher Vorsorge stammen (z.B. Abfindungssummen aus einem Arbeitsvertrag). Bitte legen Sie der Steuererklärung eine Kopie des Vertrages über die Kapitalabfindung bei. Diese Kapitalabfindungen sind zusammen mit dem übrigen Einkommen zu versteuern.

Ziffer 5.5
Kapitalabfindungen für wiederkehrende Leistungen (K)

Ziffer 8 Einkünfte von Liegenschaften des Privatvermögens im Kanton Zug

Bitte deklarieren Sie hier nur Einkünfte aus Liegenschaften des Privatvermögens im Kanton Zug. Erträge aus Liegenschaften des Geschäftsvermögens sind selbständiges Erwerbseinkommen und im Gewerbebogen oder im Fragebogen für Land- und Forstwirtschaft zu deklarieren.

Wurden im Jahre 2009 keine wertvermehrenden Investitionen getätigt, können für die selbst genutzte Liegenschaft am Wohnort die Werte des Vorjahres übernommen werden. Liegt die definitive Veranlagung der Vorperiode noch nicht vor, kann der deklarierte Wert des Vorjahres übernommen werden. Allfällige Korrekturen werden von uns vorgenommen und Ihnen mit der definitiven Veranlagung angezeigt.

Ziffer 8.1
Ertrag der selbst genutzten
Liegenschaften im Kanton
Zug/Nutzniessung (LV)

Die Festsetzung des **Eigenmietwertes** erfolgt unter Berücksichtigung der ortsüblichen Verhältnisse und der tatsächlichen Nutzung der am Wohnsitz selbst bewohnten Liegenschaft.

Der Eigenmietwert wird unter Berücksichtigung der Förderung von Eigentumsbildung und Selbstvorsorge auf mindestens 60 % des Marktmietwertes festgelegt (ausser bei Liegenschaften im Kanton Zug, welche als Feriendomizil genutzt werden).

Folgendes Berechnungsschema gilt als Richtlinie für die Berechnung des Eigenmietwertes. Eine allfällige Abweichung von diesem Schema ist bei der Deklaration eingehend zu begründen und zu dokumentieren.

27

Berechnungsschema:

	5 % (bzw. 5,5 %) ¹⁾ des steuerlichen Verkehrswertes ²⁾ bis Fr. 850 000.– ³⁾ bzw. bis Fr. 750 000.– ³⁾
+	2 % des Fr. 850 000.– bzw. Fr. 750 000.– übersteigenden Anteils des steuerlichen Verkehrswertes
=	steuerlicher Verkehrsmietwert
–	40 % Einschlag gemäss § 6 Abs. 1 Verordnung zum Steuergesetz Kanton Zug ⁴⁾
=	steuerbarer Eigenmietwert

¹⁾ Bei im Baurecht erstellten Liegenschaften ist mit 5,5 % zu rechnen, weil im steuerlichen Verkehrswert der Landanteil gänzlich unberücksichtigt bleibt.

²⁾ Massgebend ist der steuerliche Verkehrswert, nicht der Vermögenssteuerwert. Ausführungen zur Berechnung des steuerlichen Verkehrswertes finden Sie unter Ziffer 31.1 (selbst genutzte Liegenschaft am Wohnort).

³⁾ Ein- und Zweifamilienhäuser: Der Fr. 850 000.– übersteigende steuerliche Verkehrswert ist für die Eigenmietwertberechnung mit 2 % zu berücksichtigen.
Stockwerkeigentum: Der Fr. 750 000.– übersteigende steuerliche Verkehrswert ist für die Eigenmietwertberechnung mit 2 % zu berücksichtigen.

⁴⁾ Bei im Kanton Zug als Feriendomizil genutzten Liegenschaften kann dieser Einschlag nicht in Abzug gebracht werden.

Ertrag aus **Nutzniessung** auf Liegenschaften ist in dieser Ziffer einzutragen.

Bei mehreren Liegenschaften im Kanton Zug ist je Liegenschaft und Stockwerkeigentum ein Liegenschaftenverzeichnis auszufüllen.

Ziffer 8.2
Ertrag/Nutzniessung übrige
Liegenschaften im Kanton
Zug (LV+)

Anzugeben sind die **Fremdmieten** und die Unterhaltskosten gemäss Liegenschaftsverzeichnis. Der so erhaltene Nettoertrag wird in die Ziffer 8.2 übertragen. Bei mehreren Liegenschaften muss die Summe aller Nettoerträge in die Ziffer 8.2 übertragen werden.

Liegenschaftsertrag
für vermietete Ein- und
Mehrfamilienhäuser

Die **Abzüge für die Unterhalts- und Verwaltungskosten** bemessen sich bei vorwiegend zu Wohnzwecken dienenden Liegenschaften des Privatvermögens entweder anhand der tatsächlichen Aufwendungen oder aufgrund einer Pauschale.

Unterhalt der selbst
bewohnten Liegenschaft
im Kanton Zug
Unterhalt übrige Liegen-
schaften

Als Kosten für den Unterhalt und die Verwaltung von Grundstücken und Gebäuden gelten:

Reparatur- und Ersatzkosten, die keine Wertvermehrung darstellen, Sachversicherungsprämien (Feuer-, Elementar-, Wasserschaden-, Glas- und Haftpflichtversicherungen), Entschädigung an den Hauswart sowie die tatsächlichen Auslagen für die Verwaltung.

28

Aufwendungen für die Instandstellung einer neu erworbenen, im Unterhalt vernachlässigten Liegenschaft sind keine abzugsfähigen werterhaltenden Unterhaltskosten, sondern stellen Anlagekosten dar. Die präzisierte Dumont-Praxis erlaubt beim Neuerwerb einer Liegenschaft lediglich vorweggenommene Unterhaltsarbeiten als abzugsfähige Kosten. Ein Katalog mit den abzugsfähigen bzw. nicht abzugsfähigen Unterhaltskosten ist auf unserer Homepage (www.zug.ch/tax) unter dem Index Steuerbuch § 29 2.7.1.8 abrufbar.

Gemäss § 13 Abs. 1 lit. a der Verordnung zum Steuergesetz vom 30.1.2001 gehören zu den Unterhaltskosten neben den Reparatur- und Ersatzkosten ohne Schaffung eines Mehrwertes auch Einlagen in den Reparatur- und Erneuerungsfonds von Stockwerkeigentümergeinschaften (Art. 712 ZGB), soweit mit den geäußerten Mitteln ausschliesslich der Unterhalt von Gemeinschaftsanlagen bestritten wird. Aus dem Erneuerungsfonds finanzierte Unterhaltskosten können daher nicht noch einmal zum Abzug zugelassen werden.

Der Pauschalabzug beträgt:

1. 10 % der Mietzinseinnahmen bzw. des Mietwertes, wenn das Gebäude zu Beginn der Steuerperiode bis zehn Jahre alt ist (Baujahr 1999 und jünger);
2. 20 % der Mietzinseinnahmen bzw. des Mietwertes, wenn das Gebäude in diesem Zeitpunkt älter als zehn Jahre ist (Baujahr 1998 und älter)

Die Steuerpflichtigen können in jeder Steuerperiode und für jede Liegenschaft zwischen dem Abzug der tatsächlichen Kosten und dem Pauschalabzug wählen. **Werden die tatsächlichen Kosten geltend gemacht, muss der Steuererklärung eine detaillierte Aufstellung darüber beigelegt werden (siehe Formular LV).** Auf dieser müssen der Lieferant, die ausgeführte Arbeit, der gesamte Rechnungsbetrag und der als Unterhaltskosten geltend gemachte Betrag ersichtlich sein. **Diese Unterhaltskosten müssen auf Verlangen der Steuerverwaltung nachgewiesen werden können.**

Für Liegenschaften des Geschäftsvermögens, welche im Gewerbebogen deklariert werden müssen, und für solche, die zur Hauptsache geschäftlich oder gewerblich genutzt werden, sind nur die tatsächlichen Kosten abzugsfähig.

Die anrechenbaren Kosten für **Massnahmen, die der Einsparung von Energie und dem Umweltschutz** dienen (Wärmeisolation von Gebäuden, Kosten für den Einbau oder Ersatz von anerkannten anderen energiesparenden oder der rationellen Energienutzung dienenden Einrichtungen sowie von solchen zur Nutzbarmachung alternativer Energiequellen, Kosten für energietechnische Analysen und Energiekonzepte), sind wie folgt abziehbar:

Energiesparmassnahmen
(Art. 29 Abs. 2 StG)

In den ersten fünf Jahren nach Erwerb der Liegenschaft zu 50%, nachher zu 100%.
Der Abzug ist in dem Masse zu kürzen, als die steuerpflichtige Person öffentliche oder private Beiträge erhalten hat.

Die betreffende Bestimmung in der Verordnung zum Steuergesetz (§ 7 V) lautet: Bei einer am Wohnsitz selbst bewohnten Liegenschaft oder einem Teil davon wird der Marktmietwert infolge dauernder Unternutzung reduziert. Voraussetzung ist einerseits ein offensichtliches Missverhältnis zwischen Wohnungsgrösse und der die Wohnung nutzenden Personen sowie andererseits das Bestehen einer effektiven Unternutzung. Der Anspruch auf Reduktion des Marktmietwertes setzt kumulativ voraus: Mindestgrösse der Wohnung: 5 Zimmer; Verzicht auf jegliche Nutzung der entsprechenden Zimmer (auch nicht als Lagerräume); Verminderung der bisherigen Wohnbedürfnisse. In der Regel wird kein Unternutzungsabzug gewährt, wenn die Liegenschaftsrechnung (steuerbarer Eigenmietwert abzüglich Schuldzinsen und Unterhalt) ein negatives Ergebnis ergibt.

Abzug wegen Unternutzung

In diese Ziffer ist vom Wohnrechtsnehmer der Marktmietwert einzusetzen. Das im Grundbuch eingetragene (dingliche) Wohnrecht ist mit der Nutzniessung gleichzusetzen. Es ist ein auf das Wohnen beschränktes Nutzniessungsrecht. Aus diesem Grund sind die Bestimmungen über die Nutzniessung auch auf das Wohnrecht anwendbar. Analog dem Nutzniesser wird folglich dem Wohnberechtigten der Marktmietwert zugerechnet. Der Wohnrechtgeber benötigt diesen Wert nur zur Berechnung der Unterhaltskosten, welche im Formular LV eingesetzt werden müssen. **Bitte beachten Sie, dass Sie diese Einkünfte auf Verlangen der Steuerverwaltung nachweisen können.**

Ziffer 8.3
Wohnrecht (K)

29

Ziffer 9 Ertrag aus Liegenschaften des Privatvermögens ausserhalb des Kantons Zug

Ihre Angaben zu dieser Position sind wichtig, da Grundeigentum immer am Ort der gelegenen Sache zu versteuern ist und deshalb eine Steuerauscheidung zwischen zwei oder mehreren Gemeinden und/oder Kantonen vorgenommen werden muss.

Es ist also notwendig, pro Liegenschaft ein Formular Liegenschaftsverzeichnis (LV+) auszufüllen. Das Total muss im Formular K unter dieser Ziffer aufgeführt werden.

Ziffer 9.1
Ertrag/Nutzniessung
Liegenschaften ausserhalb
des Wohnsitzkantons (LV+)

Ebenso müssen Ausländliegenschaften deklariert werden; auch hier wird eine Steuerauscheidung vorgenommen, in diesem Fall zwischen der Schweiz und dem Ausland.

Ziffer 9.2
Ertrag/Nutzniessung
Liegenschaften Ausland (LV+)

Abzüge

Ziffer 11 Berufsauslagen bei unselbständiger Erwerbstätigkeit

Grundsätzlich sind alle Aufwendungen, die im direkten Zusammenhang mit der Berufsausübung und zur Erzielung des Erwerbseinkommens notwendig sind, abzugsberechtigt. Diese Auslagen sind pro steuerpflichtige Person auf dem Formular Berufsauslagen (BA) im Detail anzugeben.

Dieser Abzug steht jeder unselbständig erwerbstätigen Person zu, die der Steuererklärung einen vollständigen Lohnausweis beilegt. **Der Abzug beträgt 3 % des Nettolohnes, mindestens Fr. 2 000.– und höchstens Fr. 4 000.– pro Jahr.** Beträgt Ihr Einkommen weniger als Fr. 2 000.– pro Jahr, entspricht der zulässige Abzug diesem geringeren Einkommen. Wird die Erwerbstätigkeit nicht während des ganzen Jahres ausgeübt, so ist der Pauschalabzug

1) Pauschalabzug (BA)

anteilmässig zu kürzen. In dieser Pauschale sind auch die Kosten des privaten Arbeitszimmers sowie solche für EDV (Hard- und Software), allgemeine Fachliteratur, Beiträge an Berufsverbände und berufsbedingter Mehraufwand von Kleidern und Schuhen enthalten, wogegen die Weiterbildungs- und Umschulungskosten unter der Position 4) geltend gemacht werden können. Sofern anstelle des Pauschalabzuges höhere Kosten geltend gemacht werden, muss der Nachweis für deren berufliche Notwendigkeit erbracht werden. Bei effektiven Kosten für die Anschaffung eines Personalcomputers muss ein Privatanteil abgezogen werden.

Hier können die notwendigen und tatsächlich entstandenen Fahrkosten zwischen Wohn- und Arbeitsort geltend gemacht werden, sofern es sich um eine beachtenswerte Entfernung (in der Regel mehr als 2 km) handelt. Wichtig ist dabei, dass der Arbeitsort und die Strasse angegeben werden. **Grundsätzlich werden nur die Fahrkosten für die öffentlichen Verkehrsmittel anerkannt.** Werden Kosten für die Benutzung des privaten Fahrzeuges aufgeführt, muss dies begründet werden.

Die Ansätze sind für Autos 70 Rp./km und für Motorräder mit weissem Kontrollschild 40 Rp./km.

2) Fahrkosten zwischen Wohn- und Arbeitsort (BA)

Dieser Abzug wird für 220 Arbeitstage gewährt. Bei Teilzeitarbeit sind die effektiven Arbeitstage massgebend. Die geltend gemachten Fahrkosten müssen jederzeit auf Verlangen der Steuerverwaltung nachgewiesen werden können.

Zuger Pass	Jahres-Zuger-Pass Plus für Erwachsene		Monats-Zuger-Pass für Erwachsene		Jahres-Zuger-Pass Plus für Junioren (16 – 25 Jahre) und Senioren im AHV-Alter		Monats-Zuger-Pass für Junioren (16 – 25 Jahre) und Senioren im AHV-Alter	
	2. Klasse		persönliches Abonnement		2. Klasse			
Zonen 10/20/30 oder 30/40	558		62		414		46	
alle Zonen	801		89		567		63	

Z-Pass	Erwachsene		Jugendliche bis 25 Jahre	
	2. Klasse	1. Klasse	2. Klasse	1. Klasse
Zug – Zürich, 7 Zonen				
Monatsabonnement	225	372	165	–
Jahresabonnement	2 025	3 348	1 485	–

Inter-Abo	Erwachsene		Jugendliche bis 25 Jahre	
	2. Klasse	1. Klasse	2. Klasse	1. Klasse
Zug – Luzern, je Zonen 10/20				
Monatsabonnement	255	363	187	–
Jahresabonnement	2 282	3 254	1 653	–

Generalabonnement 2. Klasse	3 100
Generalabonnement 1. Klasse	4 850

Kann eine Hauptmahlzeit (Mittag- oder Nachtessen) aus Distanzgründen oder wegen der einzuhaltenden Arbeitszeit (Schichtarbeit, unregelmässige Arbeit) nicht zu Hause eingenommen werden und muss deshalb die Verpflegung auswärts erfolgen, so können die dadurch entstandenen Mehrkosten – d. h. der Mehrbetrag gegenüber der Verpflegung zu Hause – in Abzug gebracht werden. Zulässig sind folgende Abzüge:

3) Mehrkosten für auswärtige Verpflegung bzw. Schicht- oder Nachtarbeit (BA)

- Bei Einnahme des Essens in preisgünstigen Lokalen oder bei Verbilligung der Verpflegung durch den Arbeitgeber (Kantine, Abgabe von Gutscheinen usw.):
Fr. 7.50 pro Hauptmahlzeit bzw. Tag, bei regelmässiger auswärtiger Verpflegung **Fr. 1 600.–** im Jahr;

– bei notwendiger Einnahme des Essens in normalen, unverbilligten Restaurants:

Fr. 15.– pro Hauptmahlzeit bzw. Tag, bei regelmässiger auswärtiger Verpflegung **Fr. 3 200.–** im Jahr.

Bei voller Vergütung der Mahlzeit durch den Arbeitgeber ist kein Abzug möglich. Schicht- und Nachtarbeit berechtigen dann zu einem Abzug, wenn durchgehend während mindestens 8 Stunden gearbeitet werden muss. Die Anzahl der Arbeitstage mit Schicht- oder Nachtarbeit ist im Lohnausweis nicht mehr aufzuführen. Die Angaben sind durch den Steuerpflichtigen in das Berufsauslagenformular (BA) einzutragen.

Weiterbildungskosten, die anfallen, um im angestammten Beruf auf dem Laufenden zu bleiben bzw. um den steigenden oder neuen Anforderungen zu genügen, sind in der Höhe der tatsächlich angefallenen Kosten abziehbar. **Wenn der Arbeitgeber sich an diesen Kosten beteiligt hat, muss der Abzug um diesen Betrag reduziert werden.** Dazu gehören auch die Kosten für das Auffrischen von bereits Erlerntem (z. B. branchenbedingte Wiederholungs- oder Fortbildungskurse, Seminare, Kongresse usw.). Ferner können Kosten für Sprachkurse und Prüfungen unter diese Kategorie fallen. Ebenso abziehbar sind die Kosten der Weiterbildung, wenn auf einem bereits erlernten, ausgeübten Beruf aufgebaut wird; z. B. kaufmännischer Angestellter wird dipl. Buchhalter / Wirtschaftsprüfer, Maler legt Meisterprüfung ab.

4) Weiterbildungs- und Umschulungskosten (BA)

Kosten, die für die **Umschulung** auf einen neuen Beruf im Hinblick auf eine spätere hauptberufliche Tätigkeit anfallen, sind abziehbar. Voraussetzung hierfür ist jedoch, dass der Steuerpflichtige durch äussere Umstände, z. B. Betriebsschliessung, keine berufliche Zukunft, Krankheit oder Unfall, zur Umschulung veranlasst wird. Alle Ausgaben, die nicht im Hinblick auf eine spätere hauptberufliche Tätigkeit aufgewendet werden, zählen nicht dazu.

Kosten des **Wiedereinstiegs** sind den Weiterbildungs- bzw. Umschulungskosten gleichzusetzen. Dazu zählen die Kosten, die anfallen, um nach längerer Zeit wieder im ursprünglich erlernten und ausgeübten Beruf tätig zu werden (z. B. Hausfrau arbeitet wieder als Sekretärin und muss Fremdsprachen und EDV-Kenntnisse auffrischen). Die Kosten des Wiedereinstiegs sind nur abziehbar, wenn die betreffende Person im gleichen Jahr auch ein Erwerbseinkommen erzielt.

Diese Weiterbildungs-, Umschulungs- und Wiedereinstiegskosten dürfen nur geltend gemacht werden, soweit die Kosten nicht von Dritten (zum Beispiel Arbeitgeber) übernommen werden. Diese Kosten sind im Formular Berufsauslagen (BA) oder in der Tabelle «Effektive Weiterbildungs- und Umschulungskosten» (vgl. Tabelle auf Seite 46 dieser Wegleitung) **detailliert aufzuführen und mittels Belegen nachzuweisen.**

Steuerpflichtige, die sich während der Woche aus Distanzgründen (grundsätzlich mindestens 60 km pro Weg) am Arbeitsort aufhalten und dort übernachten, jedoch regelmässig über das Wochenende nach Hause zurückkehren und daher hier steuerpflichtig bleiben (Wochenaufenthalter), können die **beruflich notwendigen Mehrkosten** für Unterkunft, Fahrkosten und auswärtige Verpflegung abziehen.

5) Mehrkosten bei auswärtigem Wochen-
aufenthalt (BA)

Bei **anerkanntem Wochenaufenthalt** können geltend gemacht werden:

Abziehbar sind die ortsüblichen, effektiven Kosten für ein Zimmer. Bei einer Wohnung sind die Kosten anteilmässig auf ein Zimmer zu verteilen. **Bitte der Steuererklärung eine Kopie des Mietvertrages beilegen.**

Für die Unterkunft (BA)

Als Fahrkosten gelten die Auslagen für die regelmässige Heimkehr an den steuerlichen Wohnsitz mit einem **öffentlichen Verkehrsmittel** an den Wochenenden. Die Auslagen für ein Auto können nur in begründeten Ausnahmefällen zum Abzug zugelassen werden.

Kosten der regelmässigen Heimkehr (BA)

Gesamthaft Fr. 30.– im Tag; bei ganzjährigem Wochenaufenthalt Fr. 6 400.– im Jahr, wenn die Mahlzeiten nicht durch den Arbeitgeber verbilligt sind und in der Wohnung des Arbeitnehmers bzw. des Steuerpflichtigen an seinem Arbeitsort keine Kochgelegenheit besteht. Wenn das Mittagessen durch den Arbeitgeber verbilligt wird oder wenn das Essen in einem preisgünstigen Lokal eingenommen werden kann, so wird für die entsprechende Mahlzeit nur der gekürzte Abzug gewährt, somit gesamthaft Fr. 22.50 im Tag und Fr. 4 800.– im Jahr.

Mehrkosten für auswärtige Verpflegung (BA)

Als Nebenerwerb gelten die Einkünfte, welche nebst einem 100%-Arbeitspensum (ganzjährig) erarbeitet werden. In der Regel können 20% der Nettoeinkünfte, mindestens Fr. 800.– und höchstens Fr. 2 400.– pro Jahr, ohne besonderen Nachweis abgezogen werden. Werden höhere Auslagen geltend gemacht, müssen sämtliche Auslagen nachgewiesen werden. Die Abzüge dürfen die Nettoeinkünfte nicht übersteigen. Voraussetzung für die Anerkennung eines Nebenerwerbs ist ein Einkommen aus einer Haupterwerbstätigkeit.

6) Auslagen bei Nebenerwerb (BA)

Gemeint sind Auslagen, die zur Erzielung des Einkommens notwendig waren und in den bisherigen Positionen nicht aufgeführt sind.

7) Anderes (BA)

Ziffer 12 Private Schuldzinsen

Die Hypothekarzinsen sind im Schuldenverzeichnis (SV) anzugeben und in Ziffer 12.1 der Steuererklärung zu übertragen.

Ziffer 12.1
Hypothekarzinsen (SV)

In diese Ziffer wird das Total der anderen Schulden aus dem Schuldenverzeichnis (SV) übertragen. **Nicht abzugsberechtigt sind Amortisationen, Baurechtszinsen bei selbst bewohnten Liegenschaften, Leasingraten und darin enthaltene Zinsanteile.**

Ziffer 12.2
Andere Schuldzinsen (SV)

Der Anteil der Schuldzinsen aus unverteilter Erbschaften wird aus dem **Wertschriftenverzeichnis (WV)** übertragen und muss hier eingesetzt werden. **Bitte legen Sie unbedingt eine detaillierte Aufstellung bei, woraus die Gesamtschuldzinsen und der Anteil pro Erbe ersichtlich sind** (siehe Musterbeispiel in Ziffer 5.3, Seite 26, Ertrag aus unverteilter Erbschaft).

Ziffer 12.3
Schuldzinsen aus unverteilter Erbschaften (WV)

Zu den abzugsfähigen privaten Schuldzinsen gehören auch die Baukreditzinsen. Als Baukredite gelten alle Fremdmittel, die für die Finanzierung der Erstellung einer Baute eingesetzt werden. Die Qualifikation erfolgt unabhängig von der Herkunft und Sicherung der Fremdmittel. Die Schulden gelten bis zur Bauvollendung als Baukredite. Da Baukreditzinsen bei der Einkommenssteuer geltend gemacht werden können, entfallen sie bei der Grundstückgewinnsteuer. Diese Zinsen gelten hingegen bei der direkten Bundessteuer als Anlagekosten und sind deshalb dort nicht abzugsberechtigt. Die Baukreditzinsen müssen im Schuldenverzeichnis (SV) angegeben werden.

Ziffer 12.4
Baukreditzinsen (SV)

Die privaten Schuldzinsen können insgesamt nur im Umfang des steuerbaren Ertrages aus beweglichem und unbeweglichem Vermögen zuzüglich Fr. 50 000.– abgezogen werden. Einkünfte aus Beteiligungen des Privatvermögens, die bei der Kantons- und Gemeindesteuer und/oder bei der direkten Bundessteuer einer Teilbesteuerung unterliegen (vgl. Ziffer 4), werden mit Wirkung für die Steuerperiode 2009 nur zu 50% (Kantons- und Gemeindesteuern) bzw. nur zu 60% (direkte Bundessteuer) in die Berechnung einbezogen.

Ziffer 13 Unterhaltsbeiträge und Rentenleistungen

Unterhaltsbeiträge (Alimente), die an den geschiedenen, gerichtlich oder tatsächlich getrennt lebenden Ehegatten bezahlt werden müssen, können in Abzug gebracht werden; jedoch sind diese bei der begünstigten Person steuerpflichtig. Werden die Unterhaltsbeiträge in Form einer einmaligen Kapitalabfindung bezahlt, sind sie hingegen nicht abzugsfähig. **Wenn Sie zum ersten Mal Unterhaltsbeiträge bezahlt haben und in Abzug bringen möchten, müssen Sie der Steuererklärung eine Kopie der entsprechenden Passagen des Scheidungs- oder Trennungsurteils bzw. der Trennungsvereinbarung beilegen.**

Ziffer 13.1
Unterhaltsbeiträge an den geschiedenen oder getrennt lebenden Ehegatten (K)

Die Unterhaltsbeiträge (Alimente), die vom geschiedenen oder getrennt lebenden Ehegatten oder vom ledigen Steuerpflichtigen für die minderjährigen Kinder geleistet werden, sind bis und mit dem Monat der Mündigkeit des Begünstigten voll abzugsfähig. Nach diesem Zeitpunkt geleistete Unterhaltsbeiträge können nicht mehr abgezogen werden. Erreicht der Gesamtbetrag der Unterhaltsbeiträge, welche nach dem Monat der Mündigkeit bis zum 31. 12. 2009 weiter bezahlt werden, den Betrag von Fr. 3 300.– (Kanton) respektive Fr. 6 100.– (Bund), hat der Unterhalt leistende Steuerpflichtige Anrecht auf den Unterstützungsabzug (vgl. Ziffer 24.6). Wird dieser Betrag nicht erreicht, kommt kein Unterstützungsabzug in Frage. **Wenn Sie zum ersten Mal Unterhaltsbeiträge bezahlt haben und in Abzug bringen möchten, müssen Sie der Steuererklärung eine Kopie der entsprechenden Passagen des Scheidungs- oder Trennungsurteils bzw. der Trennungsvereinbarung beilegen.**

Ziffer 13.2
Unterhaltsbeiträge für minderjährige Kinder (bis und mit dem Monat der Mündigkeit) (K)

33

Darunter fallen Leistungen, die auf besonderen gesetzlichen, vertraglichen oder durch letztwillige Verfügung begründeten Verpflichtungen beruhen und nicht der Erfüllung familienrechtlicher Unterstützungspflichten dienen. Diese dauernden Lasten sowie 40 % der bezahlten Leibrenten können hier abgezogen werden. Der Umfang dieser Leistungen ist auf dem Formular DL genau zu bezeichnen. **Bitte beachten Sie, dass diese Leistungen auf Verlangen der Steuerverwaltung nachgewiesen werden können.**

Ziffer 13.3
Dauernde Lasten (DL)

Ziffer 14 Beiträge an anerkannte Formen der gebundenen Selbstvorsorge (Säule 3a)

Abzugsfähig sind nur Beiträge an **anerkannte Vorsorgeformen (Säule 3a)**. Darunter fallen die gebundene Vorsorgeversicherung bei Versicherungseinrichtungen sowie die gebundene Vorsorgevereinbarung bei Bankstiftungen. Andere mit Versicherungen oder Banken abgeschlossene Verträge, wie z.B. gewöhnliche Lebensversicherungen oder freies Banksparen in jeder Form, gehören nicht zu den anerkannten Vorsorgeformen. **Jeglicher Abzug setzt grundsätzlich ein AHV-/IV-pflichtiges Erwerbseinkommen voraus.** Bei nur vorübergehendem Unterbruch der Erwerbstätigkeit (Militärdienst, Arbeitslosigkeit, Krankheit usw.) bleibt die Abzugsberechtigung erhalten. Bei Eheleuten steht der Abzug grundsätzlich jedem erwerbstätigen Eheleut zu, der Beiträge aufgrund eines auf ihn lautenden Vorsorgevertrages leistet.

Ziffer 14.1
Beiträge an gebundene Vorsorge (VO)

Arbeitnehmer und Selbständigerwerbende, die obligatorisch oder freiwillig einer Einrichtung der beruflichen Vorsorge (2. Säule) angehören, können ihre Beiträge, welche in der Bescheinigung der Versicherungseinrichtung oder Bankstiftung ausgewiesen wurden, abziehen, höchstens aber **Fr. 6 566.–**. Falls Sie Beiträge an die Säule 3a einbezahlen, erhalten Sie automatisch eine **Bescheinigung** über die einbezahlten Beiträge. **Diese muss der Steuererklärung beigelegt werden.**

Abzug für in der 2. Säule versicherte Steuerpflichtige (VO)

Arbeitnehmer und Selbständigerwerbende, die keiner Einrichtung der beruflichen Vorsorge (2. Säule) angehören, können ihre Beiträge, welche in der Bescheinigung der Versicherungseinrichtung oder Bankstiftung ausgewiesen wurden, abziehen, und zwar bis zu 20% des Erwerbseinkommens nach Abzug der AHV/IV/EO/ALV-Beiträge, höchstens aber **Fr. 32 832.–**. **Der Steuererklärung ist die Bescheinigung beizulegen.**

Abzug für nicht in der 2. Säule versicherte Steuerpflichtige (VO)

Kein Abzug kommt in Betracht, wenn sich aus der Erwerbstätigkeit ein Verlust ergibt.

Die Guthaben der gebundenen Vorsorgevereinbarungen bei Bankstiftungen und ihre Erträge sowie die Policen der gebundenen Vorsorgeversicherungen bei Versicherungseinrichtungen müssen in der Steuererklärung nicht aufgeführt werden, da sie nicht steuerpflichtig sind.

34 Ziffer 15 **Versicherungsprämien und Zinsen von Sparkapitalien**

Gemeint sind:

- Prämien für Lebensversicherungen
- Krankenkassenprämien (abzüglich einer allfälligen Prämienverbilligung, bitte Belege einreichen)
- Prämien für private Unfallversicherungen
- Prämien für Todesfallrisikoversicherungen
- Zinsen von Sparkapitalien (ohne Erträge auf Anlagefonds)

Ziffer 15.1
Versicherungsabzug (VZ)

Bitte beachten Sie, dass die jeweiligen Prämien auf Verlangen der Steuerverwaltung nachgewiesen werden müssen.

Verheiratet			
nein		ja	
Werden Zahlungen an 2. Säule (Pensionskasse) oder 3. Säule (gebundene Selbstvorsorge) getätigt?		Werden Zahlungen an 2. Säule (Pensionskasse) oder 3. Säule (gebundene Selbstvorsorge) getätigt?	
nein	ja	nein	ja
Maximalabzug	Maximalabzug	Maximalabzug	Maximalabzug
Kantonssteuer Fr. 5 000.– ¹⁾	Kantonssteuer Fr. 3 300.– ¹⁾	Kantonssteuer Fr. 9 900.– ¹⁾	Kantonssteuer Fr. 6 600.– ¹⁾
Bundessteuer Fr. 2 550.– ¹⁾	Bundessteuer Fr. 1 700.– ¹⁾	Bundessteuer Fr. 4 950.– ¹⁾	Bundessteuer Fr. 3 300.– ¹⁾

¹⁾ plus pro Kind oder unterstützte Person: Kantonssteuer Fr. 1 100.–, Bundessteuer Fr. 700.–

Sind die geleisteten Beiträge kleiner, entspricht der zulässige Abzug diesem kleineren Betrag.

Ziffer 16 **Weitere Abzüge**

Abzugsfähig sind nur diejenigen AHV-Beiträge sowie Prämien der Nichtbetriebsunfallversicherung (NBUV), welche nicht bereits bei den Einkünften aus Erwerbstätigkeit abgezogen worden sind. **Diese Abzüge sind auf Verlangen der Steuerverwaltung nachzuweisen.**

Ziffer 16.1
AHV-Beiträge, Prämien für obligatorische NBUV

Deklarieren Sie hier **nur** diejenigen Beiträge an die Pensionskasse (2. Säule), **welche nicht bereits bei den Einkünften aus Erwerbstätigkeit abgezogen worden sind** (beachten Sie bitte die Angaben auf dem Lohnausweisformular). Falls Sie Einkaufsbeiträge geltend machen, bitten wir Sie, der Steuererklärung die **Beitragsbescheinigung der Vorsorgeeinrichtung** beizulegen.

Ziffer 16.2
Beiträge an die 2. Säule
(inkl. Einkaufsbeiträge) (VO)

Als Vermögensverwaltungskosten gelten nur Aufwendungen, die zur Erhaltung des Vermögens notwendig sind (zum Beispiel Depot- und Safegebühren, Inkassospesen, Kosten für das Erstellen von Depotverzeichnissen zu Steuerzwecken usw.). Nicht abzugsfähig sind insbesondere die Auslagen für die Finanz- und Steuerberatungen, für das Erstellen der Steuererklärung, Kosten für An- und Verkauf von Wertschriften.

Ziffer 16.3
Kosten für die Vermögens-
verwaltung (K)

Anstelle der nachgewiesenen tatsächlichen Kosten können für die Verwahrung und Verwaltung sowie für das Erstellen des Steuerverzeichnisses durch Dritte **3 %** des Steuerwertes der durch Dritte verwalteten Wertschriften des Privatvermögens abgezogen werden. **Macht der Steuerpflichtige Vermögensverwaltungskosten von mehr als Fr. 9 000.– geltend, sind diese Kosten detailliert nachzuweisen.**

35

Personen mit voraussichtlich dauernder körperlicher, geistiger oder psychischer Beeinträchtigung können alltägliche Verrichtungen nicht oder nur unter erschwerten Bedingungen selber erledigen. Diese die normalen Lebenshaltungskosten übersteigenden Mehrkosten sind auf dem Formular BK detailliert aufzulisten und das Total der Nettoauslagen kann direkt ins Formular K unter Code 257 übertragen werden. Abzugsberechtigt sind die **selbst bezahlten Mehrkosten** des Steuerpflichtigen oder der von ihm unterhaltenen Personen mit Behinderung. **Diese Kosten müssen auf Verlangen der Steuerverwaltung nachgewiesen werden können.** Die von Krankenkassen oder Versicherungen vergüteten Kosten sowie allfällige Hilflosenentschädigungen der AHV/IV, SUVA oder anderer Versicherungen bzw. weitere steuerfreie Versicherungsleistungen von Auslagenersatz sind vorweg abzuziehen.

Ziffer 16.4
Abzug für behinderungs-
bedingte Kosten (BK)

Bezüger einer Hilflosenentschädigung können anstelle des Abzugs der effektiven selbst getragenen Kosten einen jährlichen Pauschalabzug in folgender Höhe geltend machen:

- Bezüger einer Hilflosenentschädigung leichten Grades: Fr. 2 500.–
- Bezüger einer Hilflosenentschädigung mittleren Grades: Fr. 5 000.–
- Bezüger einer Hilflosenentschädigung schweren Grades: Fr. 7 500.–

Einen jährlichen Pauschalabzug von Fr. 2 500.– können im Weiteren unabhängig vom Bezug einer Hilflosenentschädigung folgende behinderte Personen geltend machen:

- Gehörlose
- Nierenkranke, die sich einer Dialyse unterziehen müssen

Bei Bewohnern von Pflegeheimen geht man ab Pflegestufe 2 (nach BESA) von einer Behinderung aus.

Wenn Sie zum ersten Mal den Pauschalabzug geltend machen wollen, bitten wir Sie, uns ein ärztliches Zeugnis beizulegen, woraus der Grad der Behinderung ersichtlich ist.

Unter diese Rubrik fallen gesetzlich vorgesehene Abzüge, die nicht in den Ziffern 11 bis 15 eingesetzt werden konnten, wie beispielsweise:

- Einsätze für Zahlenlotto, Sport-Toto usw., sofern im betreffenden Jahr ein Treffer erzielt wurde. Der Abzug darf jedoch höchstens bis zum Betrag eines entsprechenden Gewinnes beansprucht werden. Zudem ist nur eine Verrechnung von Lottoeinsätzen mit Lottogewinnen und von Sport-Toto-Einsätzen mit Sport-Toto-Gewinnen usw. möglich.
- Prozesskosten zur Erzielung von Einkünften (z. B. Geltendmachung von Lohnansprüchen)

Diese Abzüge müssen auf Verlangen der Steuerverwaltung nachgewiesen werden können.

Nicht abzugsfähig sind Kosten für Strafverfahren, Bussen oder Kosten im Zusammenhang mit Erbschafts- und Vermögensstreitigkeiten, Scheidungsverfahren usw.

Ziffer 16.5

Weitere Abzüge (K)

Ziffer 17 Sonderabzug bei Erwerbstätigkeit beider Ehegatten

36

Gehen beide **gemeinsam besteuerten Ehegatten einer unselbständigen oder selbständigen Erwerbstätigkeit** nach, können sie einen besonderen Abzug geltend machen. Bei der Kantonssteuer können pro Jahr vom niedrigeren Einkommen höchstens Fr. 4 400.– abgezogen werden. Bei der direkten Bundessteuer beträgt der Abzug 50 % vom niedrigeren Erwerbseinkommen, jedoch mindestens Fr. 7 600.– und höchstens Fr. 12 500.– pro Jahr. Ein gleicher Abzug ist zulässig bei **erheblicher Mitarbeit im Beruf, Geschäft oder Gewerbe des anderen Ehegatten**. Die beiden Abzüge können nicht gleichzeitig geltend gemacht werden.

Beträgt das niedrigere der beiden Erwerbseinkommen nach Abzug der Beiträge an AHV/IV/EO/ALV/NBUV, allfälliger Gewinnungskosten, der Beiträge an die Säule 2 und der Beiträge an die Säule 3a weniger als Fr. 4 400.– (Kantonssteuer) respektive weniger als Fr. 7 600.– (Bundessteuer), kann nur dieser niedrigere Wert eingesetzt werden.

Vom Renteneinkommen kann kein Abzug geltend gemacht werden.

Ziffer 17.1

Zweitverdienerabzug (K)

Ziffer 22 Zusätzliche Abzüge

Abzugsfähig sind die **Krankheits- und Unfallkosten** der steuerpflichtigen Person und der von ihr unterhaltenen Personen, soweit die steuerpflichtige Person die Kosten selber trägt und diese 5 % des massgebenden Reineinkommens (Ziffer 21) übersteigen. An diese Kosten sind stets die **Leistungen Dritter** anzurechnen (Leistungen von Versicherungen, Haftpflicht, Hilfslosenentschädigung, Ergänzungsleistungen der AHV/IV und der SUVA usw.).

Ziffer 22.1

**Abzug für ungedeckte
Krankheits- und Unfall-
kosten (UK)**

Zu den **Krankheits- und Unfallkosten** werden die Ausgaben für medizinische Behandlungen, das heisst die Kosten für Massnahmen zur Erhaltung und Wiederherstellung der körperlichen oder psychischen Gesundheit, gerechnet, insbesondere die Kosten für ärztliche Behandlung, Spitalaufenthalte, Medikamente, Zahnarzt usw.

Diabetiker können auch Kosten für Diät oder Diät mit Tabletten bis zum Maximalbetrag von Fr. 5 100.– oder von Fr. 5 800.– für Diät und Insulin geltend machen. Bei **Zöliakie** kann eine Pauschale von Fr. 5 100.– abgezogen werden. Bei unfallbedingter **Aphasie** wird ein Pauschalabzug von Fr. 3 000.– anerkannt. Diese Pauschalbeträge können wie die effektiven Kosten nur so weit abgezogen werden, als sie den gesetzlich vorgesehenen Selbstbehalt von 5 % des Reineinkommens übersteigen.

Abzugsberechtigt sind auch die **Mehrkosten eines altersbedingten Aufenthaltes** in einem Alters- oder Pflegeheim. Zu berücksichtigen ist allerdings, dass von den Heimkosten ein Grundbetrag von Fr. 18 140.– für Einzelpersonen bzw. Fr. 27 210.– für Ehepaare als nicht abzugsfähige Lebenshaltungskosten gelten.

Nicht als Krankheitskosten gelten Auslagen für Verjüngungs- oder Schönheitsbehandlungen, für Schlankheits- oder Fitnesskuren und dergleichen.

Die geltend gemachten **Kosten müssen auf Verlangen der Steuerverwaltung** durch Arztzeugnisse, Rechnungen, Krankenkassenbelege usw. **nachgewiesen werden können**.

Zum Abzug zugelassen werden die freiwilligen Leistungen von Geld und übrigen Vermögenswerten an den Bund, die Kantone und die Gemeinden sowie deren Anstalten und an andere juristische Personen mit Sitz in der Schweiz, die im Hinblick auf ihre öffentlichen oder gemeinnützigen Zwecke von der Steuerpflicht befreit sind.

Ein Abzug ist nur möglich, wenn die Zuwendungen in der Steuerperiode Fr. 100.– erreichen und insgesamt 20 % des massgebenden Reineinkommens (Ziffer 21) nicht übersteigen. Diese freiwilligen Zuwendungen sind im Formular Gemeinnützige Zuwendungen (GZ) oder in der Tabelle Gemeinnützige Zuwendungen (vgl. Tabelle auf Seite 45 dieser Wegleitung) detailliert aufzuführen. **Die Belege sind nur auf Verlangen der Steuerverwaltung einzureichen.**

Ziffer 22.2
Gemeinnützige
Zuwendungen (GZ)

37

Ziffer 24 Steuerfreie Beträge (Sozialabzüge)

Der persönliche Abzug für Steuerpflichtige, die in ungetrennter Ehe leben, sowie für getrennt lebende, geschiedene, verwitwete oder ledige Steuerpflichtige, die mit Kindern, für die ein Kinderabzug gewährt wird, zusammenleben, beträgt Fr. 14 200.–. Bitte beachten Sie, dass dieser Abzug nur bei der Kantonssteuer gewährt wird. Massgebend sind die Verhältnisse am Ende des Jahres bzw. am Ende der Steuerpflicht.

Ziffer 24.1
Persönlicher Abzug für
Eheleute und alleinstehende
Personen mit Kindern (nur
Kantonssteuer) (K)

Ehepaare, die in rechtlich und tatsächlich ungetrennter Ehe leben, können bei der direkten Bundessteuer einen Abzug in der Höhe von Fr. 2 500.– vornehmen. Bei der Kantonssteuer ist ein solcher Abzug nicht möglich.

Ziffer 24.2
Abzug für Ehepaare
(nur Bundessteuer) (K)

Der persönliche Abzug für die übrigen Steuerpflichtigen im Sinne von § 33 Abs. 1 Ziff. 1 Bst b StG beträgt Fr. 7 100.– und kann nur bei der Kantonssteuer geltend gemacht werden.

Ziffer 24.3
Persönlicher Abzug für die
übrigen Steuerpflichtigen
(nur Kantonssteuer) (K)

Für minderjährige Kinder, die unter der elterlichen Sorge oder Obhut der steuerpflichtigen Person stehen, wird ein Abzug von Fr. 12 000.– (Kantonssteuer) bzw. Fr. 6 100.– (Bundessteuer) gewährt. Derselbe Abzug kommt für volljährige und in der beruflichen Ausbildung stehende Kinder in Betracht, für deren Unterhalt der Steuerpflichtige zur Hauptsache aufkommt. Er gilt für Kinder, deren Reineinkommen (Steuererklärung Ziffer 23) kleiner als Fr. 18 140.– und deren Reinvermögen (Steuererklärung Ziffer 36) kleiner als Fr. 30 000.– ist. Stichtag ist der 31.12.2009. Nach dem Erreichen des 25. Altersjahres wird in der Regel kein Kinderabzug mehr gewährt. Es wird nicht vorausgesetzt, dass die Kinder mit den Eltern respektive einem Elternteil zusammenleben.

Ziffer 24.4
Kinderabzug (K)

Für jedes **fremdbetreute Kind**, welches am Ende der Steuerperiode weniger als 16 Jahre alt ist, können max. Fr. 3 300.– für effektiv angefallene Kosten durch Dritte abgezogen werden. Dieser Abzug wird aber insbesondere nur gewährt, sofern das Reineinkommen (Ziffer 23) den Betrag von Fr. 76 000.– nicht übersteigt.

Ziffer 24.5
Fremd-/Eigenbetreuungs-
abzug (nur Kantonssteuer)
(K)

Für jedes am Ende der Steuerperiode weniger als 16 Jahre alte Kind, für das ein Kinderabzug im Sinne von § 33 Abs. 1 Ziff. 2 StG geltend gemacht werden kann, können Fr. 3 300.– für die **eigene Betreuung** abgezogen werden. Der Abzug wird nur gewährt, sofern das Reineinkommen (Ziffer 23) den Betrag von Fr. 76 000.– nicht übersteigt.

Eine Kumulation des Fremdbetreuungsabzuges und des Eigenbetreuungsabzuges ist nicht möglich.

Für erwerbsunfähige oder beschränkt erwerbsfähige Personen, zu deren Unterhalt die steuerpflichtige Person mindestens in der Höhe des Abzuges beiträgt, gelten folgende Abzüge:

- bei der Kantonssteuer: Fr. 3 300.–
- bei der Bundessteuer: Fr. 6 100.–

Ziffer 24.6
Abzug für die Unterstützung
von Personen (K)

Als unterstützungsbedürftig kann eine Person angesehen werden, wenn folgende Werte (Schweizer Verhältnisse) unterschritten werden:

Alleinstehende: Fr. 30 000.– Reinvermögen **und** Fr. 18 140.– Reineinkommen

Verheiratete: Fr. 50 000.– Reinvermögen **und** Fr. 27 210.– Reineinkommen

Wurde weniger als Fr. 3 300.– (Kantonssteuer) bzw. Fr. 6 100.– (Bundessteuer) bezahlt, kann kein Abzug geltend gemacht werden. **Bitte unbedingt Belege einreichen.**

Bei Geldzahlungen ins Ausland sind die Unterstützungsleistungen durch Post- oder Bankbeleg nachzuweisen. Quittungen über Barzahlungen genügen nicht. Auf den Belegen müssen sowohl der Leistende als auch der Empfänger klar ersichtlich sein.

Diesen Abzug können AHV-/IV-Rentner beanspruchen, die über ein Reinvermögen von höchstens Fr. 273 000.– (Ziffer 36) verfügen.

- a) Falls das Reineinkommen (Ziffer 23) maximal Fr. 33 000.– beträgt, beläuft sich der Abzug auf Fr. 3 300.–.
- b) Falls das Reineinkommen (Ziffer 23) maximal Fr. 55 000.– beträgt, beläuft sich der Abzug auf Fr. 1 600.–.

Diesen Abzug kennt die direkte Bundessteuer nicht.

Ziffer 24.7
Abzug für AHV-/IV-Rentner
(nur Kantonssteuer) (K)

Wenn Ihr Reineinkommen (Ziffer 23) höchstens Fr. 76 000.– beträgt, können Sie 20% der selbst bezahlten Wohnungsmiete (exkl. Nebenkosten) für die selbst bewohnte Wohnung im Kanton Zug abziehen, höchstens jedoch Fr. 7 800.– im Jahr. **Die angefallenen Kosten sind im Formular Mietzinsabzug (MZ) aufzuführen und auf Verlangen der Steuerverwaltung nachzuweisen.**

Ziffer 24.8
Mietzinsabzug (MZ)
(nur Kantonssteuer)

Ziffer 25 Reduktion der wirtschaftlichen Doppelbelastung

Bitte beachten Sie hierzu unsere Ausführungen zum Wertschriftenverzeichnis (WV) in Ziffer 4 dieser Wegleitung.

Ziffer 25
Reduktion der wirtschaft-
lichen Doppelbelastung
(WV)

Vermögen im In- und Ausland

Ziffer 30 Bewegliches Vermögen

Für Wertschriften und Guthaben lesen Sie bitte die Ausführungen zum Wertschriftenverzeichnis in Ziffer 4 dieser Wegleitung.

Ziffer 30.1
Wertschriften und Gut-
haben gemäss Wert-
schriftenverzeichnis (WV)

Die Liste mit den Kursen für ausländische Banknoten, Goldmünzen und Edelmetalle sowie der Lokalwerte kann im Internet unter www.zug.ch/tax eingesehen oder bei der Kanzlei der Steuerverwaltung (Telefon 041 728 26 11) angefordert werden.

Ziffer 30.2
Bargeld, Gold und andere
Edelmetalle (K)

Lebensversicherungen (Kapital- sowie Rentenversicherungen) unterliegen der Vermögenssteuer mit Ausnahme der Vorsorgepolicen, welche im Rahmen der anerkannten Formen der gebundenen Selbstvorsorge (Säule 3a) abgeschlossen worden sind; sie sind bis zur Fälligkeit der Versicherungssumme steuerfrei. Rentenversicherungen mit aufgeschobenen Renten unterliegen ebenfalls der Vermögenssteuer. Sie werden dann nicht mehr als Vermögen besteuert, wenn die Renten zu laufen begonnen haben. Der Rückkaufswert und das Überschussguthaben bilden zusammen den Vermögenssteuerwert dieser Versicherungen. Dieser Wert muss von der Versicherungsgesellschaft zuhanden der Steuerpflichtigen bescheinigt werden. **Wir bitten Sie, diese Bescheinigung der Steuererklärung beizulegen.**

Ziffer 30.3
Lebensversicherungen (K)

Hier gilt als Steuerwert der Verkehrswert. Für Autos und Motorräder dienen die unten stehenden Zahlen als Richtwerte:

Ziffer 30.4
Motorfahrzeuge,
Wohnwagen, Boote (K)

39

- nach einjähriger Betriebsdauer: 60% des Anschaffungswertes
- nach zweijähriger Betriebsdauer: 50%
- nach dreijähriger Betriebsdauer: 40%
- nach vierjähriger Betriebsdauer: 30%
- nach mehr als vierjähriger Betriebsdauer: Marktwert

Die Erbengemeinschaften sind keine selbständigen Steuersubjekte. Die Anteile am Einkommen und Vermögen von unverteiltten Erbschaften sind von den einzelnen Erben persönlich zu deklarieren. Wir bitten Sie, eine detaillierte Aufstellung oder Abrechnung über das Gesamteinkommen und das Gesamtvermögen der betreffenden unverteiltten Erbschaft beizulegen, woraus auch Namen und Adressen der einzelnen Erben und die Höhe ihrer Anteile ersichtlich sind (siehe Musterbeispiel unter Ziffer 5.3, Seite 26, Ertrag aus unverteiltten Erbschaften).

Ziffer 30.5
Anteile an unverteiltten
Erbschaften (WV)

In dieser Ziffer sind die übrigen Vermögenswerte zu deklarieren, die nicht zum Hausrat oder zu den persönlichen Gegenständen gehören wie z.B. Schmuck, Sammlungen, Antiquitäten, Reitpferde usw. Für diese Werte ist der Verkehrswert einzusetzen. Ist ein solcher nicht bekannt, muss ein Schätzwert angegeben werden.

Ziffer 30.6
Übrige Vermögenswerte (K)

Ziffer 31 Private Liegenschaften

Hier werden nur die Liegenschaften des Privatvermögens aufgeführt. Liegenschaften des Geschäftsvermögens sind bei den Geschäftsaktiven unter Ziffer 32.1 zu deklarieren.

Eigentümer eines Einfamilienhauses oder einer Eigentumswohnung können deren Wert direkt vom **Liegenschaftenverzeichnis** in die Ziffer 31.1 übertragen.

Ziffer 31.1
Selbst genutzte Liegen-
schaft am Wohnort (LV)

Private Liegenschaften

Wurden im Jahr 2009 keine wertvermehrenden Investitionen getätigt, können die Werte des Vorjahres übernommen werden. Liegt für das Jahr 2008 noch keine definitive Veranlagung vor, können Sie den im Jahre 2008 deklarierten Vermögenssteuerwert übernehmen. Allfällige Korrekturen werden von uns vorgenommen.

Die Berechnung des Vermögenssteuerwertes von im Jahre 2009 erworbenen Einfamilien- und Zweifamilienhäusern, Stockwerkeigentum sowie für nicht land- oder forstwirtschaftlich genutztes Bauland im Privatvermögen erfolgt nach folgendem Berechnungsschema. (Auf der Rückseite des Liegenschaftenverzeichnisses finden Sie eine Berechnungshilfe. Sofern Sie im Jahre 2009 wertvermehrnde Investitionen vorgenommen oder eine neue Liegenschaft zur Selbstnutzung erworben haben, bitten wir Sie, das Berechnungsschema vollständig auszufüllen.)

Berechnungsschema:

Steuerlicher Verkehrs- und Vermögenssteuerwert

Schlüsselfertiger Erwerb

Erwerbspreis (inkl. Land, Garagen-, Einstell- und Abstellplätze und Bastelräume)
+ wertvermehrnde Investitionen seit dem Erwerb
= **steuerlicher Verkehrswert** (Ausgangsgrösse für die Berechnung des Eigenmietwertes)
Vermögenssteuerwert¹⁾ = 75 % vom steuerlichen Verkehrswert

Landerwerb und Erstellung eines Gebäudes

Erwerbspreis für Land
+ Baukosten gemäss Bauabrechnung (inkl. Honorare für Architekt und Ingenieur)
+ wertvermehrnde Investitionen seit dem Bezug
= **steuerlicher Verkehrswert** (Ausgangsgrösse für die Berechnung des Eigenmietwertes)
Vermögenssteuerwert¹⁾ = 75 % vom steuerlichen Verkehrswert

¹⁾ Der Einschlag um 25 % ist in der Berücksichtigung des Ertragswertes begründet.

Nicht land- oder forstwirtschaftlich genutzte Baulandparzellen

Wird das unbebaute Bauland nicht landwirtschaftlich genutzt, entspricht der Steuerwert 75 % des Verkehrswertes. Baulandparzellen unter 2500 m² unterliegen nicht den bundesrechtlichen Vorschriften über die landwirtschaftliche Pacht. Daher wird bei diesen Parzellen in der Regel keine landwirtschaftliche Nutzung angenommen.

Land- oder forstwirtschaftlich genutzte Baulandparzellen

Von der Eigentümerin oder vom Eigentümer bzw. deren oder dessen Ehe- oder Ehepartnerin land- oder forstwirtschaftlich genutzte sowie den bundesrechtlichen Vorschriften über die landwirtschaftliche Pacht unterstellte Grundstücke werden zum Ertragswert besteuert.

Für Einzelparzellen (in der Regel grösser als 2500 m²), deren Wert durch die landwirtschaftliche Nutzung bestimmt wird, ist der Vermögenssteuerwert mit Fr. 1.– pro m² festzulegen.

Vermietete Liegenschaften

Bitte **pro Liegenschaft** ein Liegenschaftenverzeichnis (LV) ausfüllen.

Der Steuerwert wird aufgrund der mit 6–8 % kapitalisierten Bruttoerträge berechnet. Für das Jahr 2009 wird ein Satz von 7 % angewandt.

Ziffer 31.2
Übrige Liegenschaften
im Kanton Zug (LV+)

Ausserkantonale Liegenschaften sind mit dem betreffenden kantonalen Steuerwert anzugeben.

Ziffer 31.3
Liegenschaften ausserhalb
des Wohnkantons (LV+)

Im Ausland gelegene Liegenschaften sind mit dem Verkehrswert anzugeben. Dieser Wert wird lediglich für die Satzbestimmung herangezogen. Effektiv wird die betreffende Liegenschaft nur im Ausland besteuert.

Ziffer 31.4
Liegenschaften im Ausland
(LV+)

Ziffer 32 Geschäftsvermögen

Im Wertschriftenverzeichnis (WV) werden die geschäftlichen Wertschriften mit dem Wert am Bilanzstichtag aufgeführt und auf den Gewerbebogen für Selbständigerwerbende mit oder ohne kaufmännische Buchhaltung übertragen. **Die Liegenschaften des Geschäftsvermögens müssen direkt im Gewerbebogen aufgeführt werden.** Dasselbe gilt für die Waren, Betriebseinrichtungen sowie andere Aktiven. Das Total muss anschliessend in diese Position eingetragen werden.

Ziffer 32.1
Aktiven (GB/LB)

41

Für die Berechnung des Vermögenssteuerwertes von Liegenschaften verweisen wir auf die Ausführungen zu Ziffer 31.

Für die Aktiven in der Landwirtschaft wird auf die spezielle Wegleitung zum Fragebogen für Land- und Forstwirtschaft LB verwiesen.

In- und ausländische Personengesellschaften (Kollektiv- oder Kommanditgesellschaften) sowie einfache Gesellschaften sind als solche nicht selbständig steuerpflichtig. Einkommen und Vermögen sind vom einzelnen Gesellschafter persönlich zu deklarieren.

Der Steuererklärung ist der Fragebogen für Kollektiv- und Kommanditgesellschaften ausgefüllt beizulegen, ergänzt durch den Buchhaltungsabschluss 2009.

Ziffer 32.2
Vermögensanteile an
Personengesellschaften
(KOLL)/Einfache
Gesellschaften (K)

Ziffer 34 Schulden

Hier führen Sie nur die Hypothekarschulden auf privaten Liegenschaften auf. Die Details dieses Totalbetrages sind im Schuldenverzeichnis (SV) anzugeben. **Bitte beachten Sie, dass alle Hypothekarschulden auf Verlangen der Steuerverwaltung nachgewiesen werden können.**

Ziffer 34.1
Private Hypothekar-
schulden (SV)

Hier geben Sie alle andern Privatschulden an, wie z.B. Schulden aus Darlehen oder Baukrediten. **Diese Privatschulden sind auf Verlangen der Steuerverwaltung nachzuweisen.** Wir bitten Sie um Angabe des Gläubigers mit genauer Adresse sowie des Zinssatzes.

Ziffer 34.2
Private andere Schulden
(SV)

Unter diese Position fallen die Hypothekarschulden auf Liegenschaften des Geschäftsvermögens von Selbständigerwerbenden sowie alle anderen Geschäftsschulden (inkl. Rückstellungen), welche Sie im Gewerbebogen deklariert haben. Die Landwirte übertragen das Schuldentotal vom Landwirtschaftsbogen in diese Position.

Ziffer 34.3
Geschäftsschulden (GB/LB)

Entsprechend der Ziffer 30.5 werden hier die Schulden aus unverteilter Erbschaften deklariert. Bitte legen Sie der Steuererklärung eine Aufstellung bei, woraus die Gesamtschulden und der Anteil pro Erbe ersichtlich sind (siehe Musterbeispiel in Ziffer 5.3, Seite 26, Ertrag aus unverteilter Erbschaften).

Ziffer 34.4
Schulden aus unverteilter
Erbschaften (WV)

Ziffer 37 Steuerfreie Beträge

Für Eheleute, die in rechtlich und tatsächlich ungetrennter Ehe leben, beträgt der Steuerfreibetrag Fr. 200 000.–.

Ziffer 37.1
Betrag für Eheleute (K)

Für die übrigen Steuerpflichtigen beträgt der Steuerfreibetrag Fr. 100 000.–.

Ziffer 37.2
Betrag für übrige Steuerpflichtige (K)

Für jedes minderjährige Kind, für das ein Abzug gemäss § 33 Abs. 1 Ziff. 2 StG geltend gemacht werden kann, sind vom Reinvermögen Fr. 50 000.– steuerfrei.

Ziffer 37.3
Betrag für jedes minderjährige Kind (K)

Ziffer 38 Reduktion der wirtschaftlichen Doppelbelastung

Bitte beachten Sie hierzu unsere Ausführungen zum Wertschriftenverzeichnis (WV) in Ziffer 4 dieser Wegleitung.

Ziffer 38
Reduktion der wirtschaftlichen Doppelbelastung (nur Kantonssteuern) (WV)

Kapitalleistungen aus Vorsorge

Kapitalleistungen aus Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung, aus Einrichtungen der beruflichen Vorsorge (2. Säule), aus anerkannten Formen der gebundenen Selbstvorsorge (Säule 3a) sowie Zahlungen bei Tod oder für bleibende körperliche oder gesundheitliche Nachteile werden gesondert vom übrigen Einkommen besteuert. Sie unterliegen stets einer vollen Jahressteuer.

Die Kapitalleistungen aus Vorsorge sind immer zu 100 % steuerbar.

Kantonssteuer: Die Steuer beträgt für die ersten Fr. 200 000.– 30% und für den Fr. 200 000.– übersteigenden Betrag 40% des massgebenden Tarifs. Die einfache Kantonssteuer beträgt jedoch mindestens 1%.

Bundessteuer: Die Steuer beträgt $\frac{1}{3}$ des massgebenden Tarifs (Praenumerandotarif).

Mehrere in einem Kalenderjahr ausbezahlte Kapitalzahlungen oder Entschädigungen werden zusammengerechnet und gesamthaft besteuert.

Einsprache

Nach der Eröffnung der definitiven Veranlagung bitten wir Sie, die ermittelten Faktoren mit dem Doppel Ihrer Steuererklärung zu vergleichen. Sind Sie mit den Abänderungen nicht einverstanden, können Sie innert 30 Tagen bei der Steuerverwaltung **schriftlich** Einsprache erheben. **Auf Einsprachen per E-Mail oder Fax kann nicht eingetreten werden.** Die Einsprache muss eine **Begründung** und einen **Antrag** enthalten. Die notwendigen Beweisunterlagen sind beizulegen oder zu bezeichnen. Auf Einsprachen allgemeiner Art wird nicht eingetreten. Der Eingang der Einsprache wird bestätigt. Bis zur Behandlung kann je nach Arbeitsanfall einige Zeit verstreichen. **Eine eingegangene Einsprache führt zwar zu einer Unterbrechung der Bezugsmassnahmen, befreit aber nicht von der Verzugs- und Ausgleichszinspflicht.** Allfällige abgewiesene Einsprachen können mit Rekurs an das Verwaltungsgericht des Kantons Zug weitergezogen werden.

Im Steuerrecht des Kantons Zug und des Bundes (direkte Bundessteuer) sind eine Reihe von Strafbestimmungen verankert, von denen wir insbesondere folgende erwähnen möchten:

1. Sanktionen bei Nichteinreichung der Steuererklärung:

Wenn die steuerpflichtige Person die Steuererklärung trotz Mahnung nicht einreicht bzw. ergänzt, wird eine Ermessensveranlagung (§ 130 Abs. 3 StG; Art. 130 Abs. 2 DBG) durchgeführt. Stellt sich in der Folge heraus, dass diese Ermessensveranlagung zu niedrig ausfiel, werden bei den Kantons- und Gemeindesteuern sowie bei der direkten Bundessteuer Nachsteuern (§ 144 Abs. 1 StG; Art. 151 Abs. 1 DBG) und Bussen (§ 204 StG; Art. 175 DBG) erhoben. Das Versäumnis selbst wird unabhängig von den Nachsteuern und den Bussen bei den Kantons- und Gemeindesteuern und bei der direkten Bundessteuer mit einer Ordnungsbusse bis zu 1000 Franken, in schweren Fällen oder bei Rückfall bis zu 10 000 Franken bestraft (§ 203 StG; Art. 174 DBG). Im Übrigen kann eine Ermessensveranlagung nur wegen offensichtlicher Unrichtigkeit angefochten werden (§ 132 Abs. 2 StG; Art. 132 Abs. 3 DBG).

2. Sanktionen bei unkorrekt ausgefüllter Steuererklärung:

Wer Tatsachen, die für den Bestand oder den Umfang der Steuer wesentlich sind, verschweigt oder vorsätzlich oder fahrlässig unrichtige Angaben macht, hat neben dem hinterzogenen Betrag eine Busse zu entrichten, die bei den Kantons- und Gemeindesteuern und bei der direkten Bundessteuer bis das Dreifache (§ 204 Abs. 2 StG; Art. 175 Abs. 2 DBG) der hinterzogenen Steuer betragen kann. Strafbar ist nicht nur die vollendete Steuerhinterziehung, sondern auch der Versuch dazu (§ 205 StG; Art. 176 DBG). Werden zum Zwecke einer Steuerhinterziehung gefälschte, verfälschte oder inhaltlich unwahre Urkunden wie Geschäftsbücher, Bilanzen, Erfolgsrechnungen oder Lohnausweise und andere Bescheinigungen Dritter zur Täuschung gebraucht, so liegt ein Steuerbetrug vor. Dabei handelt es sich sowohl bei den Kantons- und Gemeindesteuern als auch bei der direkten Bundessteuer um ein strafrechtliches Vergehen, das durch den Strafrichter mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe bestraft wird (§ 229 StG; Art. 186 DBG).

3. Selbstanzeige für Kantons-, Gemeinde- und direkte Bundessteuern:

Zeigt die steuerpflichtige Person erstmals eine Steuerhinterziehung selbst an, bevor sie der Steuerbehörde bekannt ist, so wird ab dem 1. Januar 2010 neu auf die Erhebung einer Busse verzichtet, sodass nur die geschuldete Steuer (Nachsteuer) und der Verzugszins entrichtet werden müssen (Art. 56 Abs. 1^{bis} StHG; Art. 181a Abs. 1 DBG).

Auf unserer Homepage www.zug.ch/tax finden Sie unter dem Titel «**Natürliche Personen, Steuerrechner**» ein Berechnungsprogramm, mit welchem Sie den zu bezahlenden Steuerbetrag für die Kantons-, Gemeinde- und direkte Bundessteuer sowie die Steuer auf Kapitalleistungen aus Vorsorge aufgrund Ihrer Faktoren ermitteln können. Bitte beachten Sie, dass bei der elektronischen Steuererklärung eTax.zug die Steuerberechnung eingebaut ist.

Hilfstabelle Gemeinnützige Zuwendungen

Datum	Institution	Betrag

Sämtliche Zuwendungen müssen auf Verlangen der Steuerverwaltung nachgewiesen werden können.

Steuererklärung 2009

Steuerverwaltung
Kanzlei
Bahnhofstrasse 26
Postfach
6301 Zug

Fristerstreckungsgesuch

47

Das Fristerstreckungsgesuch kann elektronisch über unsere Homepage www.zug.ch/tax eingereicht werden.

Die unterzeichnete Person stellt
das Gesuch, dass ihr die Frist
zur Einreichung der Steuererklärung
erstreckt wird bis

Personen-Nummer
(oben links auf dem Formular K
ersichtlich)

Name

Adresse

Grund

Ort und Datum

Unterschrift

Steuerverwaltung
Natürliche Personen
Bahnhofstrasse 26
6300 Zug

T 041 728 26 11
www.zug.ch/tax